Posener Zeitung.

№ 237. Mittwoch den 11. Oktober. 1848.

Inland.

△ Berlin, den 8. Oktober. Heute früh wurde die gewöhnliche halbjährlich sich wiederholende Compagnie-Versammlung der Landwehr zweiten Aufgebots, die zu Ostern wegen der damaligen Bewegungen ausgefallen war, abgehalten. Der das 20. Landwehr-Regiment commandirende General-Major von Webern erschien dabei, und sprach in seiner bekannten Redegeübtheit einige Worte, die ihren Eindruck nicht verfehlten. Die Haltung der Landwehr war ernst und gesetzt, was gerade in der jetzigen bewegten Zeit von der größten Bedeutung ist. Sehr günstigen Eindruck machte die Mittheilung des Generals, daß nach einer Entschließung des Ministeriums die bisher nur für das stehende Heer geltenden Bestimmungen wegen Versorgung der Familien der ausrückenden Soldaten von jetzt an auch auf die Landwehr ihre Anwendung finden sollten. Danach bekommen die bedürftigen Familien der Lehrwehrmänner vom Tage des Ausrückens an Unterstützung an Holz, Kleidungsstücken, Kartoffeln, Brotkorn und anderen Nahrungsmitteln, Freischule für die Kinder und selbst Baarzahlungen. — Die Kriegsartikel wurden dieses Mal nicht verlesen.

In der gesammten Bürgerwehr werden in diesen Tagen wieder Abstimmungen vorgenommen. Sie betreffen aber nicht Wahlen sondern die Abgabe der Wachen an das Militär. Es ist dieselbe von einer Bürgerwehr-Compagnie beantragt worden, und zwar in der Weise, daß die große Schloßwache als Ehrenwache der Bürgerwehr bleiben, alle andern aber sofort abgetreten werden sollen. Die Ansichten und Abstimmungen der einzelnen Compagnien weichen sehr von einander ab, einige haben sich mit einer an Stimmeneinheit gränzenden Majorität für Abgabe erklärt, andere mit eben solcher Majorität für Beibehaltung. Für letztere hat auch die das erste Bürgerwehr-Bataillon bildende Schützengilde sich ausgesprochen, die dadurch ihren durch Unpünktlichkeit gefährdeten Ruf wieder kräftigen zu können meint. Die Entscheidung wird durch die Gesammtzahl der Einzelstimmen, nicht aber durch Compagniemajorität gegeben werden.

Gegen die schließliche Annahme des ganzen Bürgerwehrgesetzes, die morgen in der Nationalversammlung zur Vorlage kommt, werden jetzt Proteste in Circulation gesetzt, um sie morgen vorlegen zu können. Sie finden aber nicht den erwarteten Anklang.

Für die Abgeordnetenwahl an Stelle des ausgeschiedenen Abg. Zacharias werden schon seit einigen Tagen Vorversammlungen gehalten. Mehrere Urwähler wollen, wie es heißt, gegen die Vollziehung der Wahl durch die alten Wahlmänner protestiren, indeß wird dieß ganz zwecklos sein, da die Principienfrage ja schon bei Gelegenheit der Bornemannschen Wahl durch die Nationalversammlung selbst entschieden ist. Die Zahl der Candidaten ist groß, die meiste Aussicht haben bis jetzt der Professor Dielitz, gegenwärtig schon als Stellvertreter für Zacharias Mitglied der Versammlung, dann der Professor Benary, Präsident des Volksclubs und der Dr. Stern, Präsident des constitutionellen Clubs.

Elberfeld, den 4. Oktober. In diesen Tagen wurde hier die jährliche Versammlung des Rheinisch-Westphälischen Schulmänner-Vereins gehalten, die neunte seit der Stiftung desselben. Es waren dabei die verschiedenen höheren Lehranstalten, Gymnasien, Pro-Gymnasien, Real- und höheren Bürgerschulen durch eine angemessene Anzahl von Lehrern vertreten. Während in den früheren Versammlungen die eigentlich wissentschaftlichen Vorträge und Verhandlungen vorwalteten, erachtete man es bei den Verhältnissen der Gegenwart für dringend nothwendig, bei Weitem am meisten die praktischen Fragen zum Gegenstande der Verhandlungen zu machen. Deßhalb wurde zunächst und ganz vorzüglich die so vielfach angeregte Reform der höheren Bildungs-Anstalten besprochen, insbesondere folgende Punkte: 1) Ob die Gymnasien und Realschulen getrennt neben einander in ihrer bisherigen Verfassung fortbestehen oder Gesammt-Anstalten ins Leben gerufen werden sollten, die geeignet wären, sowohl für den wissenschaftlichen, als auch für den bloß praktischen Lebensberuf die erforderliche Bildung zu gewähren, und in wie weit jene beiden Anstalten in ihrer bisherigen Einrichtung Modifikationen könnten eintreten lassen, um durch gegenseitige Annäherung dieses Ziel zu erreichen. 2) Ueber die Bedeutung der alten Sprachen als Bildungs-Element, namentlich in den Realschulen, und Ersetzung derselben, bei ihrem etwaigen Ausfallen oder bedeutendem, durch die Vielheit der Gegenstände gebotenem Beschränken, durch den deutschen und den historischen Unterricht. 3) Ueber das amtliche Verhältniß der Bildungs-Anstalten und ihrer Lehrer zu den Ober- und Mittel-Behörden. 4) Ueber Bedürfniß, Zweck und Form fernerer Versammlungen der Schulmänner in Rheinland und Westphalen. 5) Ueber die Deputirten-Wahlen zu der bevorstehenden Conferenz der Gymnasial- und Reallehrer in Berlin, deren Grundlagen und Form. Diese Gegenstände wurden von dem Vorsitzenden, Gymnasial-Director Dr. Högg ans Arnsberg, zur Berathung vorgelegt und in erforderlicher Weise eingeleitet, von den Anwesenden mit allseitiger und eben so lebendiger Theilnahme, wie in ruhiger und besonnener Haltung, durch Diskussion erörtert. Außerdem wurden noch zwei schriftlich verfaßte Abhandlungen vorgelesen: die eine über den gegenwärtig ganz besonders nothwendigen Schutz der Deutschen Sprache gegen das überhandnehmende Eindringen der Fremdwörter, und den Ersatz für dieselben aus anderen Quellen unserer Muttersprache, vom Oberlehrer Dr. Köne zu Münster; die andere über einen bedeutenden Entwickelungspunkt in der Geschichte der Souverainetät, insbesondere das Werk Hubert Languet's (im 16. Jahrhundert) Vindiciae contra tyrannos, nebst einer Skizze der Geschichte der Souverainetät von Prof. Dr. Grauert aus Münster. Endlich wurde als die Zeit der nächsten Jahres-Versammlung Pfingsten künftigen Jahres (statt wie bisher die Herbstferien) festgesetzt, zum Orte derselben Dortmund gewählt, zum Geschäftsführer für dieselbe Gymnasial-Director Dr. Thiersch, und über die Zeitschrift des Vereines, das „Museum", von dessen neuer Folge das erste Heft bereits großentheils gedruckt ist, von der Redaktion näherer Bericht erstattet und zu weiteren Beiträgen für dieselbe angelegentlich aufgefordert. Die Erörterung sämmtlicher Gegenstände nahm drei Haupt-Sitzungen in Anspruch; die Zwischenzeiten waren der geselligen Erheiterung gewidmet, und den Schluß machte eine gemeinschaftliche Excursion nach Schwelm und Umgegend auf der Eisenbahn, wozu die Direction derselben sehr freundlich der Gesellschaft entgegengekommen war.

Frankfurt a. M., den 6. Okt. (O.-P.-A.-Z.) 91ste Sitzung der verfassunggebenden Deutschen Reichs-Versammlung. (Schluß.) Der Schluß der Debate wird angenommen. Plathner beharrt auf seinem Antrag, welcher jedoch keine Unterstützung findet. Dagegen spricht sich die Versammlung aus für die Niedersetzung eines durch die Abtheilungen zu erwählenden Ausschusses, zur Prüfung der von dem Frankfurter Kriminalgerichte erhobenen Anträge. Schmidt aus Schlesien und Wiesner stellen folgenden Antrag: In Erwägung, daß es wünschenswerth ist, daß die National-Versammlung in ihrem wahren Charakter vor das Volk trete, beschließt dieselbe, die verlangten Verhaftungen ohne Weiteres zu genehmigen. Abgeordn. H. v. Gagern; Ich beantrage, den Antrag der Herren Schmidt und Wiesner einer besonderen Kommission zur Prüfung zu überweisen. Ich glaube nicht, daß eine solche Frechheit, wie dieser Antrag ..... (Beifall auf der Rechten; Tumult auf der Linken, so daß der Redner nicht mehr verstanden werden kann; wiederholter Ruf: Zur Ordnung! Unverschämtheit! Frechheit!). Vice-Präsident Simson: Ich werde den Redner nicht zur Ordnung rufen. Es steht den Mitgliedern frei, am Schlusse der Verhandlung eine besondere Beschwerde einzureichen. (Neuer Lärm; links der Ruf: eine Schmach! wir müssen fort!) Jordan aus Berlin bemerkt, daß der Schmidtsche Antrag eingebracht worden sei, nachdem die Versammlung über den bezüglichen Gegenstand bereits abgestimmt habe. Der Redner beantragt den Schluß der Sitzung und deren Aussetzung bis zur Vorlage des Ausschußberichts über die Anträge des Appellationsgerichtshofs. Schmidt aus Schlesien tritt dem Antrag v. Gagern's bei, verlangt aber, daß die mit der Prüfung seines (des Redners) Antrages zu beauftragende Kommission gleichzeitig ihr Augenmerk auf das Auftreten des Präsidenten und des Vice-Präsidenten richte. Wesendonck: Niemand aus der Versammlung hat es öfterer wiederholt, daß es nicht gestattet sei, auf der Tribüne Beleidigungen gegen Mitglieder der Versammlung auszustoßen, als H. v. Gagern. Er hat also gegen die von ihm aufgestellte Regel selbst gefehlt. Daß er diese Aeußerung nicht billigen wird, davon bin ich überzeugt. Aber wohin soll es kommen, wenn die Anträge der Abgeordneten in einer so beleidigenden Weise kritisirt werden? Dies ist die Konsequenz des Verfahrens bei der Berathung über die Wahl von Thiengen. v. Breuning: Sind Beleidigungen von der Rednerbühne herab gegen Einzelne unzulässig, so ist es noch mehr ein Antrag, der die ganze Versammlung beleidigt. Mein Antrag geht dahin, den Schmidtschen Antrag, als die ganze Versammlung beleidigend, zu vernichten. Scheller erinnert an das ciceronische Quousque tandem etc. Ob der Antrag richtig oder unrichtig sei, werde sich nach erhobener Anklage finden; ob ein Mitglied unpassende Worte gesprochen, werde der Beschluß des Ausschusses rechtfertigen. Der Redner ist für den Schluß der Debatte. Diese wird jedoch noch längere Zeit fortgesetzt. Das Resultat der endlichen Abstimmung ist: Die Nationalversammlung beschließt, den Antrag der Abgeordneten Schmidt und Wiesner an einen Ausschuß zur Prüfung des Verhaltens vorzulegen, welches die Reichsversammlung diesem Antrage gegenüber einzunehmen hat; ferner, die Aeußerung des Abgeordneten v. Gagern und die Weigerung des Ordnungsrufes durch den Vice-Präsidenten Simson einem neu zu erwählenden Ausschusse zu überweisen. Der Antrag des Abgeordneten Jordan aus Berlin findet keine Unterstützung. Abgeordneter Rösler aus Oels interpellirt das Reichs-Ministerium der Justiz, ob dasselbe von der Verhaftung des in Urlaub befindlichen Abgeordneten Minkus Kenntniß habe und ob die Centralgewalt in dieser Angelegenheit Schritte zu thun gedenke, wodurch es sich zeige, daß die Mitglieder der Nationalversammlung auch in dem entferntesten Winkel Deutschlands Schutz genießen. Reichsminister R. Mohl erklärt, daß ihm in dieser Angelegenheit nichts Amtliches zugekommen sei. Nachdem er aber das Gerücht von der Verhaftung des Abgeordneten Minkus vernommen, habe er die erforderliche Anfrage unverzüglich an die Preußische Regierung abgehen lassen. (Bravo!) Es wird zur Tagesordnung geschritten. Hollandt als Berichterstatter des volkswirthschaftlichen Ausschusses und Beseler als Berichterstatter des Verfassungsausschusses verbreiten sich, Letzterer mit besonderer Würdigung des Bauernstandes, über die Anträge ihrer Kommissionen. Das Ergebniß der Abstimmung über Artikel VII. §§ 27, 28 und 29. ist folgendes: §. 27: „Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf (Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses; mit überwiegender Majorität)." §. 28: „Ohne Entschädigung sind aufgehoben: 1) die Patrimonialgerichtsbarkeit, die grundherrliche Polizei, sowie alle anderen einem Grundstücke oder einer Person zuständigen Hoheitsrechte; 2) die aus diesen Rechten fließenden Befugnisse, Exemtionen und Abgaben jeder Art (Antrag desselben Ausschusses mit einer Abänderung von Salzwedell's); 3) die

aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringenden persönlichen Abgaben und Leistungen (Antrag des Verfassungsausschusses). Alle übrigen unzweifelhaft auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leistungen sind ablösbar, ohne Rücksicht auf die Person und das Verhältniß des Berechtigten oder des Verpflichteten, insofern die Gesetzgebung nicht die unentgeldliche Aufhebung einer oder der anderen begründet findet. Die näheren Bestimmungen hierüber und über die Art der Ablösung bleiben den Gesetzgebungen der einzelnen Staaten überlassen (Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses mit 186 gegen 171 Stimmen, nebst Zusätzen von M. Mohl mit 200 gegen 187 Stimmen). Es soll fortan kein Grundstück weder durch das Gesetz, noch durch Vertrag, noch durch einseitige Verfügung mit einer unablösbaren Rente belastet werden (Antrag Rheinwald's mit 207 gegen 168 Stimmen). Alle Zehnten sind auf Antrag des Belasteten ablösbar (Antrag des Abgeordneten Werner aus Koblenz). Die Zehnten sind ablösbar. Die Normen der Ablösung bestimmt die Gesetzgebung der einzelnen Staaten (von Schrenck, Wartensleben u. A.). Mit diesen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und Lasten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen (Antrag des Verfassungs-Ausschusses)." §. 29: „Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, die Jagddienste, Jagdfrohnden und andern Leistungen für Jagdzwecke sind ohne Entschädigung aufgehoben (Freudentheil und M. Mohl, mit 244 gegen 137 Stimmen bei namentlicher Abstimmung). Jedem steht das Jagdrecht auf eigenem Grund und Boden zu. Der Landesgesetzgebung ist es vorbehalten, zu bestimmen, wie die Ausübung dieses Rechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit zu ordnen ist (Antrag des Verfassungs-Ausschusses)." Der Vorsitzende macht bekannt, daß die Wahl eines Schriftführers auf den Abg. Plathner mit 220 unter 379 Stimmen gefallen ist. Ihm zunächst steht Rösler aus Oels mit 128 Stimmen. v. Vincke giebt zu bedenken, ob die in Anklagezustand versetzten fünf Mitglieder der Reichsversammlung bei den Ausschußwahlen stimmberechtigt seien. Wesendonck findet es unbegreiflich, daß der unantastbare Abgeordnete den Abtheilungen fern stehen solle. Schlöffel erklärt, daß er der Wahl durch die Abtheilungen sich enthalte und daß seine Genossen Zitz und Simon gleicher Ansicht seien. Rösler aus Oels vindizirt den Angeklagten das theoretische Recht. Eine Anschuldigung sei noch kein Urtheil. Zitz: Wir enthalten uns aus Delikatesse der Abstimmung, obschon wir das Recht hierzu haben und obwohl die Reichsminister damals mitstimmten, als es sich um ihre Versetzung in Anklagezustand handelte. v. Breuning ist für die Ausschließung der fünf Mitglieder von der Abstimmung, indem er sich darauf stützt, daß in der Polenfrage den posenschen Abgeordneten keine Stimmberechtigung ertheilt worden sei. Reh ist erstaunt, daß diese Frage in Anregung gekommen; es handele sich ja nur um die Wahl eines Ausschusses. Lette hält es für ungeeignet, nach der Erklärung des Abgeordneten Schlöffel und Genossen über eine theoretische Frage abzustimmen. R. Mohl: Ich erinnere mich nicht der Infamie, über meine eigene Person abgestimmt zu haben, als das Ministerium in Anklagestand versetzt werden sollte. Herr von Schmerling und ich befanden uns im Saale und waren genöthigt, bei der Abstimmung auf unsern Sitzen zu verbleiben. Simon erklärt, daß er auf sein Abstimmungsrecht verzichte. Nicht so Blum, welcher dasselbe nicht aufgeben will. Nachdem Vincke erklärt hat, daß er keinen Antrag, sondern blos eine Anfrage gestellt habe, wird der Gegenstand als erledigt erachtet und die Sitzung um $3\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags durch den Vicepräsidenten Simson geschlossen. Nächste Sitzung den 6. Oktober. Tagesordnung: Berathung über den Bericht des Ausschusses für Gesetzgebung, das Gesetz über den Schutz der Reichsversammlung und der Beamten der Centralgewalt betreffend; Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte Artikel VII. §§. 30 bis 33.

Die heutige 92ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung eröffnete der Präsident, H. von Gagern, indem er das Ergebniß der in der gestrigen Sitzung beschlossenen Ausschußwahlen bekannt machte. In den Ausschuß zur Prüfung der Anträge des frankfurter Appellationsgerichtshofs, die gerichtliche Untersuchung gegen die Abgeordneten Blum, Günther, Simon, Schlöffel und Zitz betreffend, wurden gewählt: Hergenhahn (Vorsitzender), Scheller (zweiter Vorsitzender), Löw aus Posen, Ebmeyer, Briegleb, Martens, von Maltzahn, Werner aus Koblenz, Schüler aus Zweibrücken, Langerfeldt, Zachariä aus Göttingen, Dunker, Sprengel, Reh, Gombart aus München. In die Kommission zur Prüfung des Antrags der Abgeordneten Schmidt aus Löwenberg in Schlesien und Wiesner aus Wien, so wie zur Prüfung der Aeußerungen des Abgeordneten H. v. Gagern und der Weigerung des Vice-Präsidenten Simson, den Ordnungsruf zu erlassen, wurden gewählt: v. Lasaulx, v. Breuning, Schwarz, v. Zerzog, Edel, Grumbrecht, Pagenstecher, Zell, Robert Mohl, Löw aus Kalbe, Wernher aus Nierstein, Schwetschke, Reichensperger, Jordan aus Marburg und v. Vincke. Der Tagesordnung gemäß wird zur Berathung über den Bericht des Gesetzgebungsausschusses, den Schutz der Nationalversammlung betreffend, geschritten. Zu dem Antrag des Ausschusses werden eine lange Reihe von Amendements verlesen. Es wird darüber abgestimmt, ob eine allgemeine Debatte über den Gesetz-Entwurf stattfinden soll. Die Versammlung entscheidet sich dagegen. Die Verhandlung wird eröffnet.

— Die Nachricht, daß Vater Jahn's Bart „der Revolution zum Opfer gefallen," ist eine bloße Zeitungs-Ente. Das Conservationsblatt zur Frankfurter „O.-P.-A.-Z." spricht dies ganz bestimmt aus und meldet: „Vater Jahn trägt noch heute, den 4. Oktober, seinen Bart in der alten bekannten Pracht "

Heinzen erklärt öffentlich, daß er an Struve's Unternehmungen keinen Theil genommen, sondern davon abgerathen habe.

Aus dem Breisgau, den 2. Oktober. (Karls. Ztg.) Wie man jetzt erfährt, hatten die Aufrührer außer den sonstigen Arten von Gelderpressung, die sie in mannigfaltiger Abwechselung ausübten, auch den Plan eines großen „Anlehens" vorbereitet, das sich über ganz Deutschland ausbreiten sollte. Man hat nämlich lithographirte Schuldscheine gefunden, die sie zu diesem Zwecke mit sich führten. Dieselben sind in Quart, zierlich mit Figuren und Sinnbildern ausgestattet, und tragen die Ueberschrift: „Freiwilliges Anlehen zu Gunsten der Deutschen Republik." Das Exemplar, welches ich sah, lautete auf „700 Fl. oder 400 Thlr.", mit 5 vom Hundert verzinslich. Die Beisetzung des Werthes in Preußischen Thalern beweist, daß diese Papiere nicht blos für unser Oberland bestimmt waren, für welche es eines solchen Beisatzes nicht bedurfte. Wie es mit der „Freiwilligkeit" des Anlehens ausgesehen haben würde, mag man aus den freiwilligen Zuzügen schließen, die man durch Bedrohung mit Erschießen zusammenbrachte. Uebrigens war auch da die Behandlungsweise verschieden und der Geldpunkt keineswegs außer Acht gelassen. Mußte da oder dort ein vermöglicher Mann sich mit 100, 200, bis auf 1000 Fl. von dem Zuzuge loskaufen, so gab es auch Fälle, wo man bis auf einen Kronenthaler herunterhandelte; ja, man erzählt, daß ein Bauer, der eben nicht mehr hatte, mit der Gabe von 30 Kr. davon kam.

Sigmaringen, den 1. Oktober. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hiesige republikanische Schilderhebung mit dem Aufstand in Baden und den Bewegungen in Würtemberg im Zusammenhange steht. Durch das Mißlingen der Attentate in diesen beiden Ländern wurden unsere Republikaner in hohem Grade entmuthigt; viele sind auch bereits von der republikanischen Sache wieder abgefallen. Es scheint, daß selbst Würth bereits für seine Sicherheit Vorsorge treffen wollte. Unter dem Vorwand, persönlich Schritte bei dem Reichsministerium in Frankfurt zu thun, traf er Reiseanstalten, wurde aber unter Drohungen von seinen Anhängern zurückgehalten. Zwei Fürstliche Beamte, Hofstetter und Bröm, welche an der Bewegung Theil nahmen, sind bereits durch ein Dekret des Fürsten ihres Dienstes entlassen worden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 3. Oktober. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde die Berathung über den Dekretentwurf wegen des landwirthschaftlichen Unterrichts fortgesetzt. Die Art. 2. bis 22. wurden nach einer ziemlich langen und für das Ausland kein Interesse darbietenden Debatte, in deren Verlaufe fast alle vorgeschlagenen Amendements und Zusätze verworfen wurden, von der Versammlung der Reihe nach genehmigt, und hierauf der ganze Dekretentwurf mit 579 gegen 100 Stimmen angenommen. Durch Art. 2. wird festgesetzt, daß der landwirthschaftliche Unterricht in seinen verschiedenen Abstufungen auf Staatskosten ertheilt werden soll.

— Der Moniteur erklärt in Bezug auf einen Artikel des Journal du Havre, nach welchem der dorthin geflüchtete Irländer Davanagh (nach anderen Angaben Doheny) den Englischen Behörden ausgeliefert worden wäre, daß eine solche Auslieferung weder erfolgt, noch bei dem Justizminister, der allein dieselbe befehlen könne, nachgesucht worden sei. Wäre letzteres geschehen, so würde das Ansinnen unfehlbar abgewiesen worden sein. Die Französische Gastlichkeit habe stets die politisch Geächteten geschützt und werde sie unter der Republik nicht im Stiche lassen. — In seiner Wochenadresse an die Einwohner von Paris versichert der Polizeipräfekt, daß die Hauptstadt fortwährend der vollkommensten Ruhe und größten Sicherheit sich erfreue. Die Berichte aus den Departements seien geeignet, diese glückliche Sachlage zu befestigen. Ueberall gäbe es wieder Arbeit; die Fabriken und Werkstätten seien wieder thätig und manche eben so stark beschäftigt, wie früher in den besten Jahren. Der Präfekt erklärt, daß die Zwistigkeiten, welche das Dekret wegen der Arbeitsdauer herbeigeführt, größtentheils beseitigt seien; jedenfalls würden aber die Behörden der Mehrzahl friedlicher Arbeiter gegen die anmaßenden Vorschriften einer unruhstiftenden Minderzahl den kräftigsten Schutz gewähren. Er warnt sodann vor dem Treiben der rothen Republik auf der einen und der Rückschrittspartei auf der anderen Seite; die wahren Freiheitsfreunde könnten weder mit dieser, noch mit jener Partei Hand in Hand gehen, da die Februar-Revolution weder Terrorismus noch Privilegien bezweckt habe.

— Die Nationalversammlung hat gestern den Gesetzvorschlag rücksichtlich der Anlage von landwirthschaftlichen Schulen und Instituten angenommen. Die Meiereien von Versailles werden zunächst als Musterhöfe eingerichtet; ebenso soll jedes Departement eine Musterschule erhalten.

— Die Regierung hat die Nachricht erhalten, daß der König von Preußen bei dem Congresse wegen Italien auch vertreten zu sein wünsche. — Die neueste Post aus Italien meldet: In Genua sei am 29. der Volkssturm losgebrochen und die Republik proklamirt worden, und der König von Neapel habe die Vermittelung Frankreichs in den sicilischen Angelegenheiten abgewiesen.

Rußland und Polen.

Kalisch, 8. Oktober. Seit einigen Tagen grassirt hier die Cholera und fordert zahlreiche Opfer. Das große jüdische Krankenhaus von der Gemeinde ist in ein Cholerahospital umgewandelt worden.

Moldau und Walachei.

Galacz, den 17. Sept. Es heißt, wir sollen auch eine kleine Russische Garnison, Kosaken, zur Cordons-Bewachung hierher erhalten. Die Walachen concentriren mehrern Nachrichten zufolge ihre Streitkräfte (meistens Sensenmänner) bei Bucharest, und sollen entschieden sein, ihre Errungenschaften gegen wen immer zu vertheidigen. Aus Braila hören wir, daß der dortige Administrator alle zu seinem Distrikte gehörige waffenfähige Mannschaft bewaffnet nach Bucharest gesendet habe. Die Türken beobachten fortwährend eine lobenswerthe Mannszucht, und kümmern sich nicht um die innere Verwaltung; wogegen die Russen von Te-

kutsch bis zu den Thoren von Jassy factisch die ganze Verwaltung leiten, und die Moldauischen Beamten hierbei nur als Bediente betrachten. Es geht das Gerücht, General Duhamel habe vor seiner Abreise von hier geäußert, daß, wenn binnen drei Wochen nicht die alte Ordnung der Dinge in der Walachei hergestellt sei, alsdann Rußland dieselbe mit bewaffneter Macht herstellen werde (A.A.Z.)

Italien.

Ein Schreiben aus Sicilien vom 23. Sept. im „Contemporaneo" meldet, daß die Feindseligkeiten am 26. wieder beginnen werden. Der König von Neapel soll eifrig neue Truppen-Verstärkungen seines sicilischen Heeres betreiben. — Aus Mailand wird vom 29. Sept. an die „Allg. Ztg." berichtet: „Die piemontesische Armee zählt mit Inbegriff der Reserven und mobilisirten Nationalgarde 135,000 Mann auf dem Papier, aber schlagfertige Soldaten hat sie höchstens 80,000 Mann, und so viel kann ihr auch Radetzky entgegenstellen, ohne das Weiden'sche Corps an sich zu ziehen. Freilich hausen die tückischen Fieber arg genug unter den Oersterreichern und zerstören, wenn sie auch nicht mörderisch wüthen, doch auf Monate lang die Körperkraft der Befallenen. Aus den Fenstern des borromeischen Palastes, der ein Hospital geworden, schauen Leichengesichter heraus, und mancher Convalescent mit erdfarbigem Teint schleppt mühsam die Muskete. Im Allgemeinen aber ist der Anblick des Oesterreichischen Heeres überaus stattlich. Die Deutschen Truppen bilden ein Drittheil des Oesterreichischen Heeres in Italien; sie sind, nach dem Urtheile eines im Heere dienenden Engländers, welchem wir Unpartheilichkeit und große Kenntniß des Oesterreichischen Militairwesens zutrauen, an Mannszucht die tüchtigsten Truppen, an kriegerischem Geist den besten Ungarischen Regimentern gleich.

Rom, den 26. Sept. Die Römische Legion hat uns vorigen Sonnabend nun auch verlassen. Mehr als tausend Mann hat man trotz alles Geschrei's, trotz des sehr hohen Soldes und trotz der Friedensaussichten nicht zusammengebracht. Viele Künstler, namentlich Bildhauer, die keine Arbeit zu hoffen haben, sind eingetreten. — Das Geschenk, welches Pius IX. von Köln aus bekommen hat, bestehend in einem Album mit den feinsten Miniaturen und geschmackvollem Goldbeschlag, macht hier großes Aufsehen, und Künstler von hohem Range haben es dem Schönsten und Feinsten, was das Mittelalter in der Art hervorgebracht hat, an die Seite stellen wollen.

Türkei.

Alexandria, den 22. Sept. Ibrahim Pascha lebt seit seiner Rückkehr ganz einsam in Cairo und pflegt seine noch immer zerrüttete Gesundheit. Man erwartet bei dem Ableben Mehemed Ali's große Veränderungen. Ibrahim ist geldsüchtig, geizig, und wird nicht bloß in den Gehalten der Beamten Ersparnisse bewerkstelligen, sondern allen den kostspieligen Unternehmungen Einhalt thun, zu welchen Mehemed Ali sich hatte verleiten lassen durch Europäische Speculanten, von denen Ibrahim keine besonders gute Meinung hat. Auch die Absperrung des Nils, welche Unsummen verschlingt, soll von Ibrahim aufgegeben werden, da bei den ungeheuren Kosten der Ausgang ihm zweifelhaft erscheint. — Die Cholera ist verschwunden — der Handel sehr still. — Der alte Mehemed Ali ist geistesschwächer als je.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Achtundsechzigste Sitzung, vom 6. Oktober.

Eröffnung: 9½ Uhr. Präsident: Hr. Grabow. An dem Ministertische befinden sich die Minister v. Pfuel, Eichmann, v. Bonin und Kisker. Der Schriftführer Abg. Geßler verliest das Protokoll der vorigen Sitzung, welches ohne Weiteres angenommen wird. Nach Ertheilung von Urlaubsgesuchen erklärt der Präsident, daß die Versammlung ihm nicht beschlußfähig erscheine, und läßt daher den Namensaufruf vornehmen. Nach dessen Beendigung erklärt der Präsident, daß, nach einem Beschlusse, die Sitzungen um 9 Uhr beginnen und um 2 Uhr schließen sollen, dessenungeachtet aber vor 9½ Uhr nicht zu beginnen pflegen. Er werde daher fortan pünktlich beginnen und eine Viertelstunde nach 9 Uhr bei Nichtvollzähligkeit den Namensaufruf vornehmen lassen. Die Akademie-Uhr werde dabei maßgebend sein. Hr. Elsner sieht keinen praktischen Erfolg für den Namensaufruf. Der Präsid. entgegnet, daß die Geschäftsordnung selbigen verlange. Hr. Anwandter bemerkt, daß er heut bis 9½ Uhr in der Prioritäts-Commission beschäftigt gewesen. Der Präs.: Er werde künftig auf die Sitzungen der Prioritäts-Commission Rücksicht nehmen.

Hr. Schulze (Delitzsch) beantragt, bei künftigen Namens-Aufrufen die gleichnamigen Abg. nicht nach dem Stande, sondern nach dem Wahlkreis zu unterscheiden. Der Präsident sagt zu, daß bei einer neuen Auflage des Namensverzeichnisses dem Antrage genügt werden solle. Da bei Verlesung des Protokolls die Versammlung nicht vollzählig gewesen, so wird Hrn. v. Pokrzywniki noch eine Bemerkung zum Protokoll verstattet.

Nunmehr wird über die in der Mittwochssitzung nur vorläufig zu dem Bürgerwehrgesetz angenommenen Amendements abgestimmt.

Hr. d'Ester verliest folgenden Antrag: „Die hohe Versammlung möge erklären, daß es weder dem General Kaiser in Köln zugestanden habe, noch sonst einer Militärperson zustehe, aus eigener Machtvollkommenheit Grundrechte des preußischen Volkes, insbesondere der Presse, zu suspendiren oder aufzuheben. Nach dem Schlusse der langen Debatte wird bei der Abstimmung diesem Antrage der Vorrang versagt.

Hr. Waldeck verliest nun die folgende dringende Interpellation: „Der Herr Reichsminister Mohl hat an die Landesregierungen einen in Nr. 152 des Staats-Anzeigers veröffentlichten Erlaß vom 24. September 1848 ausgehen lassen, worin er dieselben zu strenger Untersuchung und Bestrafung der durch die Presse und in Volksversammlungen verübten Vergehen ermahnt. Bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache, bei der geringen Majorität, welche bei der Interpellation den Vorrang vor der Tagesordnung am 5. Oktober versagte, bin ich genöthigt, die Frage an das hohe Staatsministerium zu wiederholen: ob dasselbe auf das Schriftstück eine Erklärung abgegeben hat, eine solche, wenn es noch nicht geschehen, abzugeben oder einen Beschluß zu fassen gedenkt und event. in welcher Art?" Er sei von der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Anfrage, der ersten, welche er überhaupt stelle, zu sehr überzeugt, als daß er sie nicht eifrigst befürworten sollte. Die Interpellation wird unterstützt und nun die weitere Frage gemacht: „Beschließt die Versammlung, daß der Waldeck'schen Interpellation der Vorrang vor der heutigen Tagesordnung gewährt werde?" Ueber diese Frage wird von den HH. Plath und Gladbach die namentliche Abstimmung verlangt, hinreichend unterstützt und demgemäß bewirkt. Das Ergebniß ist folgendes: Mit Ja haben 107, mit Nein 234 gestimmt, 2 sich der Abstimmung enthalten und 59 gefehlt. Der Interpellation ist also gleichfalls der Vorrang versagt.

An der Tagesordnung ist die Discussion über das dritte Prinzip des Entwurfs, die Nothwendigkeit von Beschränkungen bei der Ausübung des Jagdrechtes und die Benutzung nach gemeinschaftlichen Jagdbezirken. Hr. Gräff, als Berichterstatter, setzt die Gründe, welche nach dem Berichte der Centralabtheilung angegeben sind, näher auseinander und hebt vorzüglich hervor, daß sich das in dem Entwurf adoptirte System während 33 Jahren in der Rheinprovinz bewährt habe. Präsident Grabow bemerkt, daß sich mehrere Redner zu den einzelnen Paragraphen gemeldet hätten, während nur die allgemeine Diskussion eröffnet sei.

Nachdem die Debatte gegen und für das Princip geschlossen, wird der §. 1 des Gesetz-Entwurfs verlesen und die Discussion eröffnet. Zu demselben sind 14 Amendements eingereicht, von denen 10 Unterstützung finden.

Hr. Zachariä reicht noch ein Amendement zu der Alinea 2. des Paragraphen ein, welches unterstützt wird. Er spricht unter großer Unaufmerksamkeit für den Paragraphen. Unterdessen übernimmt Hr. Vicepräsident Phillips den Vorsitz. Hr. Niemeyer spricht gegen den Paragraphen. Die Bevölkerung der Städte, wo der Ertrag der Jagd der Commune zu Gute käme, würde durch das Gesetz benachtheiligt. Hr. Scholz (Bunzlau) trägt auf Schluß an. Der Antrag wird unterstützt. Hr. Vicepräs. Phillips bemerkt, daß noch 9 Redner für und 12 gegen den §. eingetragen sind. Hr. Finanzmin. v. Bonin: Er erlaube sich vor dem Schluß der Debatte noch, die Sache von dem finanziellen Standpunkte zu beleuchten. Die Regierung habe sich in andern Fällen für unentgeltliche Aufhebung von Lasten ausgesprochen, sie könne es in diesem Fall nicht, da, nach ungefährem Ueberschlag, der Ertrag der Verpachtung der ihr auf fremden Grundstücken angehörenden Jagd sich auf 80,000 Thlr. belaufe, was ein bedeutender Ausfall sein würde. Auch sei zu bedenken, daß gerade die Revenüen von diesen Domainen zur Deckung der Staatsschuld dienten und daß der Ausfall von 80,000 Thlrn. Renten dem Credit des Staats nachtheilig sei. Hr. Sommer spricht für, Hr. Ostermann gegen den Schluß. Der Schluß wird verworfen. Hr. Vicepräsident Phillips erklärt die Sitzung, trotz mehrfacher Einwendungen, für aufgehoben, damit die Central-Abtheilung Zeit zu ihren Berathungen übrig behalte. Schluß der Sitzung: 2½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend: früh 9 Uhr. An der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Diskussion über das Jagdgesetz.

Neunundsechszigste Sitzung, vom 7. Oktober.

Eröffnung: 9 Uhr. Präsident Grabow. Das Protokoll wird ohne Erinnerung angenommen. Ein dissentirendes Votum von Seiten der äußersten Linken in Betreff der gestrigen Abstimmung über die Waldeck'sche Interpellation wird verlesen. Es werden darin dem Reichs-Justizminister Mohl Uebergriffe vorgeworfen, und der Erlaß desselben als Anfang einer volksfeindlichen Einheit bezeichnet. Rodbertus nimmt Urlaub auf 8 Tage. Präsident: Drei Anträge haben den Vorrang vor der Tagesordnung begehrt, und die Prioritäts-Kommission hat sie ihnen zuerkannt. Abgeordneter Dörk verliest: Dörk, Körfgen und Schulz (Delitzsch): Hohe Versammlung wolle beschließen: I. Daß folgender Gesetz-Vorschlag: 1) die Vorschriften der §§. 151 bis 155 einschließlich im XX. Tit. im II. Theil des allgem. Landrechts (über Erregung von Mißvergnügen) und die darauf Bezug habenden neueren Verordnungen, so weit sie noch gültig sind, werden außer Kraft gesetzt; 2) die in Folge dieser gesetzlichen Bestimmungen erkannten Strafen werden mit Einschluß der Untersuchungskosten erlassen; 3) die nach denselben Vorschriften eingeleiteten Untersuchungen werden aufgehoben — sofort an die für die Justiz-Reform und Gesetzgebung bestehende besondere Kommission zur schleunigsten Berathung und Berichterstattung überwiesen werde. II. Daß der demnächst zu erwartende Bericht unmittelbar nach den allerdringendsten Gesetz-Vorlagen zur Berathung gezogen werden soll. Nach Unterstützung der Dringlichkeit trägt der Abgeordnete Dörk die Motive seines Antrages vor. Präsident: Ein Zweifel gegen die Dringlichkeit ist nicht erhoben; ich erachte sie also für genehmigt. — Ich stelle nun folgende Frage: beschließt die Versammlung den Vorschlag an die Fachcommission zu verweisen? — Die Frage ist bejaht. — Ebenso wird der zweite Theil des Antrages genehmigt. Justizminister: Es genügt nicht, daß die fraglichen Bestimmungen aufgehoben, es müssen neue an deren Stelle gesetzt werden. Das Ministerium ist bereit, in kürzester Frist eine Vorlage zu machen, welche die Bestimmungen der §§. 151—155 im Sinne einer freien Verfassung ändert. Ich stelle der Versammlung anheim, ob sie mit der Berathung des gestellten Antrages nicht warten will, bis die Gesetzvorlage der Regierung eingegangen ist. Präsident: Sollte die Gesetzvorlage so schleunig eingehen, so werde ich sie, wenn die Versammlung damit einverstanden ist, ebenfalls der Fachcommission zuweisen. Der zweite dem gleiche Antrag ist von den Abgeordneten Arntz und Phillips. Arntz verliest: Arntz und Phillips. Die National-Versammlung wolle beschließen: „daß der Herr Finanzminister vor dem 1. Dezember dieses Jahres der National-Versammlung den detaillirten Etat der Staats-Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1849 vorlegen möge." Nach Unterstützung der Dringlichkeit trägt Arntz die Motive seines Antrages vor. Der Finanzminister: Wenn ich annehmen darf, daß es dem Antragsteller und der Versammlung wünschenswerth ist, daß ich sofort über diesen Gegenstand mich erkläre, so muß ich bemerken, daß mir der Antrag wie gewöhnlich erst gestern Abend zugegangen ist, so daß ich nicht im Stande gewesen bin, mich bis jetzt genügend zu informiren. Ich würde deshalb nicht im Stande sein, heut im Laufe der Discussion genügende Auskunft zu geben, und würde bitten, den Gegenstand etwa im Laufe der nächsten Woche auf die Tagesordnung zu setzen, wo ohnedies die Interpellation

des Abgeordneten Krause wegen der Finanzreform vorkommt. Die Antragsteller sind damit einverstanden. Präsident: Der dritte dringliche Antrag ist vom Abgeordneten Bensch und Genossen. (Im Ganzen 54 Antragsteller, darunter: Otto (Trier), Krackrügge, Nees von Esenbeck, Temme, Schön, Palacz, Szuman, Bazynski, Kiolbassa, Gorzolka, Kaliski, Radonski, Brodowski, Taszarski, v. Lysiracki, Schramm, Schulz (Wanzleben).) Die hohe Versammlung wolle beschließen: daß das Staatsministerium ersucht werde, eine allgemeine Amnestie für die in Folge der Märzrevolution begangenen politischen Verbrechen und Preßvergehen, bei Sr. Majestät in Antrag zu b:injen Behnsch: Als die Revolution eintrat, war es nicht möglich, sofort alle Gesetze zu ändern. Nach ihnen war Vieles ein Verbrechen, was im Licht der neuen Zeit keines mehr ist. Diese Fälle machen dringend eine Amnestie nöthig. Was soll ich erst sagen von der nationalen Erhebung hier und allerwärts in Deutschland und vor allem im unglücklichen Polen? Der Fluch der bösen That hat es Polen nicht gelingen lassen, das Joch abzuschütteln. Ja, es ist nicht einmal gelungen, die Sympathien für Polen zu erwecken. (Murren.) Polen ist unterlegen und zu Hunderten schmachten jetzt die Unterworfenen in den Kerkern. Auch für sie fordere ich Amnestie. Schon der Minister Kühlwetter hat am 21. Juli die Amnestie zugesagt; seitdem sind wieder drei Monate vergangen. Meine Herren, bedenken Sie, daß es eigentlich gar keine politischen Verbrechen giebt (Erstaunen); der Erfolg macht das politische Verbrechen. Bedenken Sie, daß eine große Amnestie vorhergegangen, daß das Volk die Stützen des alten Systems amnestirt hat (Gelächter). Lachen Sie nicht! Wollen Sie weniger hochherzig sein als das Volk, so verwerfen Sie meinen Antrag! (Bravo.)

Präsident: Es sind von zwei Sriten Bedenken gegen die Dringlichkeit erhoben worden. Rehfeld gegen den Antrag; nach gemachter Verfassung werde der König gewiß die Amnestie bewilligen. Otto beschwört, an die Frauen und Kinder der in Trier schmachtenden Gefangenen zu denken. — v. Berg gegen die Dringlichkeit, spricht „in einem Kampfe des tiefsten Gefühls" seine Ueberzeugung aus, wünscht die Versammlung nicht in einen Konflikt mit sich selbst zu bringen, erinnert an den unausbleiblichen Rücktritt des Ministeriums und die Unmöglichkeit jedes künftigen Ministeriums für den Fall, daß das Gesuch von der Krone verworfen würde, schließt mit den Worten: So lange wir die Krone haben, wollen wir ihr nicht blos ihren schönsten Edelstein, das Begnadigungsrecht, sondern auch den Glanz desselben erhalten. Der Antrag ist am 7. Oktober gestellt — ich enthalte mich jeder weiteren Andeutung! (Bravo.) Elsner findet es bezeichnend, daß nur 2 Geistliche gegen den Antrag gesprochen hätten, zeiht v. Berg eines Sophisma, weil von der Ausführung gar nicht die Rede. v. Berg findet umgekehrt ein Sophisma darin, daß Jemand ersucht werde, etwas zu thun, aber dabei von der Ausführung gar nicht die Rede sein solle. (Bravo.) Schramm wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, weil er sich der Persönlichkeiten nicht enthält und unpassende Bezeichnungen wählt. Der Justiz-Minister: Ich bestreite nur die Dringlichkeit. Das Staats-Ministerium hat schon Vorbereitungen zu einer Amnestie nach bestimmten Kategorieen getroffen; dahin gehören die Posener Fälle, dahin auch die, welche der Abgeordnete aus Trier erwähnt hat. Aber eine allgemeine Amnestie zu geben, dazu kann sich das Ministerium nicht verstehen. Ich stelle Ihnen zur Erwägung, ob in einer Zeit, wo die Auflehnung gegen das Gesetz an der Tagesordnung ist, ob es da passend sein möchte, eine allgemeine Amnestie zu gewähren! Nach mehreren Rednern für und wider, wird Schluß beantragt. Schultz (Minden) gegen den Schluß: Man hat an Ihr Gefühl appellirt, von Weibern und Kindern gesprochen! Ich will auch an Ihr Gefühl appelliren, und Sie an das Elend der Weiber und Kinder erinnern! aber nicht der Hunderte, die in den Verbrechen complicirt sind, sondern der Tausende, deren Wohl untergraben wird, so lange jeder neue politische Kampf straflos bleibt! (Bravo.) Die Dringlichkeit wird verworfen, die äußerste Linke erhebt sich fast ausschließlich dafür. Behnsch: Ich empfehle wenigstens meinen Antrag dem Ministerium, und lege eine Petition der Schlesischen Landbewohner gleichen Inhalts auf das Bureau nieder. (Unruhe.) Piper (zu einer persönlichen Bemerkung): 2000 Thlr. Entschädigung und 300 Thlr. Reisegeld sind mir geboten, wenn ich mein Mandat niederlegen wollte! (Gelächter). Der Elende, der dies gethan hat, ist Zuhörer! (Ruf: Name!) Herr v. Damitz! Wehe dem, der noch in meine Wohnung kommt! (Drohende Bewegung des Redners. Unauslöschliches Gelächter!) Ich bin nicht Rechts, ich bin äußerste Linke, Linke, Centrum, Rechts, äußerste Rechte! Das kann ich versichern, nicht 10,000 und nicht 50,000 Thaler bringen mich hier heraus! Ich bin für meine Wähler hier. Die würden auf mich zeigen, und sagen, da geht der Elende! (Der Redner will unter dem stürmischen Gelächter der Versammlung abtreten, kehrt aber, sich besinnend, wieder um, und fährt fort): Und noch eins! Meine Rede von neulich ist in der Vossischen Zeitung ganz zerpflückt! Es sind da welche darunter (auf die Journalisten zeigend), die . . . . . (Gelächter bedeckt die Stimme des Redners.) Auf die Bemerkung eines Abgeordneten, der sich vor Mißverständniß des Namens Damitz verwahrt, erklärt Piper: Ich habe gesagt Zuhörer! also nicht Mitglied! nicht unten, sonder oben! (Diese Worte mit drastischen Bewegungen begleitet, rufen einen neuen Sturm des Lachens hervor.) Präsident: Wir kommen nun zur Tagesordnung, der Berathung über das Jagdgesetz. Es sind von Neuem zahllose Amendements eingegangen, die verlesen und zur Unterstützung gestellt werden. Die Diskussion wird über §§. 1 und 2 des Gesetz-Entwurfes fortgesetzt. Der §. 2 lautet: Eine Trennung des Jagdrechtes vom Grund und Boden kann als dingliches Recht künftig nicht stattfinden. Bornemann stimmt für die §§. 1 und 2, erklärt sich gegen das Prinzip, daß die sogenannten feudalen Rechte ohne Entschädigung aufgehoben werden. Es könnten aber Fälle eintreten, wo ein freiwilliges Opfer des Eigenthums gefordert würde; alle anderen Rücksichten würden überragt durch die Rücksicht auf das volkswirthschaftliche Interesse. Der Redner erntet wiederholt lauten Beifall. Der Justiz-Minister will von seinem Standpunkte aus nur das Eigenthum durch das Gesetz nicht verletzt wissen.

Hanow: Im März war die allgemeine Stimme unter den Jagdberechtigten, daß sie ihr Recht unentgeldlich niederlegen würden. Ich glaube, es war nicht Furcht, es war das Gefühl der politischen Nothwendigkeit. Der Hauptreactionair, der hinterher klügelnde Verstand, hat dieses Gefühl wieder unterdrückt. Das Jagdrecht des Staates von ehedem hatte das Herrenrecht zur Grundlage: der Staat, den wir gründen sollen, hat das freie Eigenthumsrecht zur Grundlage. Ich protestire dagegen, daß ich in das Eigenthum irgend eines Einzelnen eingreife; ich will den Unterschied zwischen Herren- und Nichtherren-Eigenthum aufheben; es soll künftig nur ein Eigenthum geben, und das ist das freie Eigenthum! (Bravo!) Rudolph v. Auerswald wünscht, daß man die Debatte noch nicht schließe. — Sie wird geschlossen. Der Präsident schreitet nun mit seiner gewohnten Meisterschaft an die sehr komplizirte Fragestellung. Sämmtliche Amendements zur ersten Alinea des §. 1. werden verworfen; über diese selbst wird namentlich abgestimmt und die unentgeltliche Ablösung des Jagdrechts mit 271 gegen 69 Stimmen beschlossen. Schluß 2 Uhr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Berliner Börse.

Den 9. October 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$74\frac{1}{4}$	$73\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88	$87\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$80\frac{3}{4}$
Grossh. Posener "	4	$96\frac{1}{4}$	—
" "	$3\frac{1}{2}$	78	—
Ostpreussische "	$3\frac{1}{2}$	—	86
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärk. "	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{8}$	—
Schlesische "	$3\frac{1}{2}$	—	—
" v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	$84\frac{1}{2}$	$83\frac{1}{2}$
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{1}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	85
" Prioritäts-	4	—	84
Berlin-Hamburger	4	—	$63\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$89\frac{3}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	52	52
" " Prior. A. B.	4	—	78
" " "	5	—	87
Berlin-Stettiner	4	87	—
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	74	$73\frac{1}{2}$
" Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	$101\frac{1}{2}$
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	68
" Prioritäts-	4	82	—
" "	5	—	$94\frac{1}{4}$
" " III. Serie	5	—	$88\frac{1}{2}$
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	$87\frac{1}{2}$
" " B.	$3\frac{1}{2}$	—	$87\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	68	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	—	—
Stargard-Posener	4	—	$65\frac{1}{2}$

(Mit einer Beilage.)

Inland.

† Samter den 7. Oktober. Ihren Lesern ist das eigenthümliche Verhältniß des Landraths v. Haza zur deutschen Bevölkerung unseres Kreises bekannt. Dasselbe führte ein Ehrengericht besonderer Art herbei. Gestern nämlich fand hier eine von dem Kreis-Deputirten Major de Rège veranlaßte Versammlung deutscher Bewohner der Städte und des Kreises Samter statt, um das Verfahren des Landraths während der jüngsten polnischen Revolution zu prüfen. Ungefähr zwölf von den zu diesem Behufe Convocirten aus dem „Stande der Gutsbesitzer, Bürger und Bauern" hatten sich eingefunden. Der Major de Rège eröffnete die Verhandlung durch Mittheilung eines Schreibens des v. Haza an die Regierung, in welcher dieser auf Niedersetzung einer Untersuchungs-Commission unter Vorsitz des ꝛc. de Rège zur Erörterung obiger Verhältnisse antrug. Die Regierung hatte darauf beschieden, daß sie diesem Gesuch nicht entsprechen könne, es vielmehr dem Landrath v. H. anheimgebe, den Herrn de Rège um Uebernahme einer solchen Commession privatim zu bitten. Demnächst wurde das Baumeister Hippesche Inserat in Nr. 157 der deutschen Posener Zeitung verlesen, worauf der Herr de Rège erklärte, daß der in einem Nebenzimmer befindliche Landrath v. Haza bereit sei, unter Vorlegung der jenen Artikel betreffenden Akten, Erläuterungen zu geben, daß deren Vorlegung von dem Herrn Hipp schriftlich verweigert worden. Der inzwischen eingetretene Baumeister Hipp bestritt diese Verweigerung, indem er in seinem demnächst vorgelesenen Schreiben an Hrn. de Rège ausdrücklich erklärt hätte, daß er zur Vorlegung dieser Akten bereit sei, falls dieses ihm selbst gestattet würde. Es entspann sich nunmehr eine Debatte darüber, ob der Landrath v. Haza bei der Conferenz gegenwärtig sein könne, welches durch die Majorität der Stimmen verneint wurde. Demungeachtet wurde der Landrath v. Haza durch den Herrn de Rège in den Saal geführt; der Baumeister Hipp erklärte nunmehr unter Zustimmung mehrerer Anwesenden, daß bei einer so offenen Verhöhnung des Majoritäts-Beschlusses ein unparteiisches Resultat nicht zu erwarten sei und er sich genöthigt sehe, die Verhandlung abzubrechen; worauf er den Saal verließ. Der Hr. v. Haza begrüßte hierauf die Anwesenden durch eine Anrede, in welcher er seine bisherigen Verdienste um den Staat und insbesondere diesen Kreis herausstrich. Darauf ward die gegen ihn angebrachte Denunciation vorgelesen, deren Anschuldigungen der Landrath v. Haza nicht ohne Beimischung unrichtiger, von dem anwesenden Justiz-Commissarius Ahlemann sofort berichtigten Thatsachen, zu widerlegen versuchte.

Das Resultat dieser Zusammenkunft ist uns bis jetzt noch nicht bekannt geworden, auch enthalten wir uns über die Motive zu derselben einer öffentlichen Beurtheilung, um so mehr, als die v. Hazasche Angelegenheit dem Ministerium des Innern zur Entscheidung vorliegt und dieses unterm 25. September c. eröffnet hat, daß es seine Entschließung in dieser Sache nach Eingang des wiederholt erforderten Berichts der Behörde bekannt machen werde.

† Kurnik, den 10. Oktober. Die Fälle mehren sich, daß die Chausseestraße von Posen hierher von polnischen Bauern beunruhigt wird, vorüberfahrende Wagen angehalten und die auf denselben befindlichen Personen insultirt werden. So stellten dieser Tage am hellen Mittag Bauern eine Reihe Wagen mit Holz beladen quer über die Chaussee, sperrten absichtlich die Straße, und prügelten die auf einer eben heranfahrenden Fuhre befindlichen Personen. Namentlich sollen Einwohner von Spławie sich bei diesen Insulten betheiligen. Hier in der Stadt herrscht unter der niedrigen Klasse eine wahrhaft fanatische Erbitterung gegen die Deutschen; gestern Abend z. B. überfielen ohne alle Ursache mehrere polnische Knechte eben angekommene Reisende, und hieben auf dieselben mit dem Ausruf: „Juden und Deutsche müßten todtgeschlagen werden" ohne Weiteres ein. — In der benachbarten Stadt Bnin ist die Cholera ausgebrochen, und hat bis jetzt 20 Opfer gefordert.

⌐ Berlin den 9. Oktober. Das Vaterland ist in Gefahr! — Glauben Sie's nur, denn da stand's noch vor wenigen Tagen schwarz auf weiß an allen Straßenecken zu lesen; selbst heute noch wimmerts hie und da ein übernächtiges Placat und zuverläßig ist die schreckliche Versicherung, denn unterzeichnet ist „der demokratische Bürgerwehrverein." Weshalb? weshalb? werden Sie bekümmert fragen. Nun die Brombeeren sind zwar heut zu Tage noch eben so gemein, wie zu Sir John's, Prinz Heinrichs ehrenwerthen Freundes Zeiten, allein die Gründe zu Plakatenangstschreien sind jetzo noch gemeiner. Das Vaterland ist für diesmal in Gefahr von wegen des Bürgerwehrgesetzes, das „Freiheit und Recht vernichtend uns aufgedrängt werden soll." Verdammungswerthe Kammermajorität, warum hast Du uns das gethan! Wir haben zwar am 25. September, unseren Herrn Commandeur Rimpler an der Spitze, feierlichst erklärt, „dem ersten demokratischen Prinzip: Achtung der Majorität" Geltung zu verschaffen; allein so war's nicht gemeint. Das erste demokratische Gesetz paßt nur auf eine Majorität, die uns convenirt; und das allererste demokratische Prinzip, das sind wir Berliner Demokraten. Wozu überhaupt ein Gesetz? Wir wollen unsere Kochkessel umstulpen, wann's uns beliebt und unsern Aga wählen und fortjagen, wann es uns gefällt. Und nun gar solch ein Gesetz, das den Treueid fordert. Treue dem Könige, antidiluvianischer Gedanke! Welche Lächerlichkeit, von einem Deutschen Treue fordern. Dann die Selbstbewaffnung auf eigene Kosten; wo soll der Bürger zu den theuren Gewehren und zu den überaus wünschenswerthen Kanonen das Geld hernehmen? Sie hätten aber das Entsetzen eines Bürgerwehrmanns sehen sollen, als ein wohlmeinender Freund von einer wohlfeilen Bewaffnung zu sprechen wagte und auseinandersetzte, wie z. B. statt eines Gewehres sich jedermann gar leicht eine Pike anschaffen könnte. — Alle möglichen „friedlichen" Schritte sind bereits gethan worden, die Majorität der Nationalversammlung eines Bessern zu belehren und bei der auf morgen anberaumten definitiven Abstimmung die Verwerfung des ganzen Gesetzes zu veranlassen. Das in dem vorerwähnten Plakate geforderte „donnernde Veto", in welches man sogar auch einen echten, zu Injurienprocessen nicht hinneigenden Esel hat einstimmen lassen, ist erfolgt. Man hat demonstrirt und protestirt. Ganze Stöße von Protesten sollen in die Nationalversammlung gewandert sein, darunter auch einer von Hrn. Rimpler selbst. Und wenn nicht alle Wahrscheinlichkeit trügt, so werden sich morgen vor dem Schauspielhause wieder einige hundert Proletarier in der friedsamsten Absicht von der Welt versammeln, nicht um die Abgeordneten einzuschüchtern, bewahre Gott, nur um sie zu ermuthigen. Wenn nun aber dennoch trotz aller dieser friedlichen Vorstellungen das Undenkbare geschehen, das Bürgerwehrgesetz die Majorität erhalten sollte, was dann? Auch darauf giebt jenes Plakat genügenden Bescheid, dann wird die Berliner Bürgerwehr mit den Waffen in der Hand zum Kampfe schreiten. Droht mir nicht mit Wrangel und seinen scharfen Schwertern; denkt an meine Heldenthaten, denkt an die Zeughausaffaire: so lag ich und so führt' ich meine Klinge!

— Der Central-Ausschuß der Demokraten Deutschlands und die demokratischen Vereine der Stadt Berlin haben eine Addresse an das deutsche Volk erlassen, in welcher im Namen der Volkssouveränetät gegen das Fortbestehen der Reichsversammlung in Frankfurt protestirt und das deutsche Volk aufgefordert wird, in neuen Urversammlungen seine Vollmacht aus den Händen jener Versammlung zurückzunehmen und die Anordnung neuer und direkter Wahlen zu fordern. Zugleich hat der Central-Ausschuß einen allgemeinen Congreß der deutschen Demokraten auf den 26. Oktober nach Berlin berufen.

Breslau, den 8. Oktober. So eben wurde uns mitgetheilt, daß ein Bataillon der Coseler Garnison heute früh schleunigst auf der Eisenbahn bis an die Grenze bei Oderberg befördert worden ist. Die Ordre dazu an die Eisenbahn-Verwaltung war so dringlich, daß sogar vorräthige Viehwagen zum Transport benutzt werden mußten, da keine Zeit blieb, um Personenwagen von den benachbarten Stationen zu requiriren.

Düsseldorf, den 3. Oktober 12½ Uhr Mittags. Freiligrath ist so eben von den Geschworenen freigesprochen. Unter der zuströmenden ganzen Bevölkerung wird er, indem ein Blumenkranz ihm über dem Haupte gehalten wird, im Triumph durch die Stadt geleitet. Damen werfen ihm Kränze und Blumen zu.

Dresden, den 5. Oktober. Die erste Kammer wird in der künftigen Woche die Berathung des Wahlgesetzes beginnen. Das Ministerium hat eine Anzahl Männer, welche in der Auswanderungs-Angelegenheit Kenntniß haben, zu Conferenzen berufen. — Der Musik-Direktor Röckel ist gegen Caution entlassen worden; man wollte ihm einen Fackelzug bringen, hatte aber vergessen, dazu die polizeiliche Erlaubniß einzuholen und löschte die Fackeln wieder aus.

Jena, den 2. Oktober. Die Beschlüsse der hiesigen Docentenversammlung sind folgende: 1) Lehrfreiheit. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Sie steht unter keiner Staatspolizei, sondern ist nur dem richterlichen Spruch unterworfen. Jeder kann über das lesen, worin er sich habilitirt, und über verwandte Fächer. Im Zweifel entscheiden die beiden betreffenden Fakultäten in vereinigter Sitzung. (Minoritätsvotum: Jeder Universitätslehrer kann über das lesen, wofür er sich befähigt erachtet.) Die Honorare werden beibehalten, doch sollen sie für die einzelnen Universitäten gleichmäßig festgestellt werden. 2) Lernfreiheit. Kein Collegienzwang, kein Studienplan, keine Landesuniversität. Die Versammlung erachtet es nicht für eine Beeinträchtigung der Lernfreiheit, wenn Staat oder Kirche den Besuch einer Universität überhaupt zum Behufe der Zulassung zum Examen verlangen. Der Gebrauch der lateinischen Sprache ist den Fakultäten überlassen. (Minoritätsvotum: Der Gebrauch der lateinischen Sprache ist abgeschafft.) Semesterexamina fallen weg. 3) Verfassung der Universitäten. Das Corpus academicum besteht aus sämmtlichen Universitätslehrern. Für Alles, was die Studenten unmittelbar berührt, wird dasselbe durch eine Deputation der letzteren, welche stimmfähig ist, verstärkt. Die Ordinarii als solche hören auf, Senat zu sein. Der letztere besteht vielmehr aus zwölf Mitgliedern des Corpus academicum, deren Wahl halbjährlich zur Hälfte erneuert wird. Das Corpus academicum gliedert sich in wissenschaftliche Sectionen. Das Wie setzt die dazu niedergesetzte Commission fest. In Civil-, Polizei- und Criminalsachen hat das gewöhnliche bürgerliche Gericht abzuurtheilen. Für Disciplinar- und Ehrensachen wird jedoch ein aus freier Wahl der Lehrer und Studenten hervorgegangener Rath eingesetzt.

Lobenstein, den 6. Okt. Der Fürst Heinrich LXXII. hat die Regierung niedergelegt und zeigt dies durch folgende Urkunde an: „Geraume Zeit ist es mein Vorsatz, wegen meiner erschütterten Gesundheit die Führung der Regierung niederzulegen. Jetzt, bei den Anstrengungen der Neuzeit, in die ich vom Krankenlager geworfen ward, ist es gebieterische Pflicht. Und — schwarzer, unerwarteter Undank von mancher Seite hat mein Wirken abgeschnitten. Deshalb — habe ich schon im April am rechten Ort meinen unwiderruflichen Entschluß ausgesprochen, auszuscheiden. Diesfallsige Vereinbarung ist endlich! erfolgt. Ich lege, kraft dieses, zum Besten meines verfassungsmäßigen Nachfolgers, Ihro des regierenden Fürsten von Schleiz Durchlaucht und Liebden, die Regierung nieder. Treu glaube ich 26 Jahre lang mit Aufopferung für meine Wahlsprüche: „Volkeswohl ist Fürstenlust!", „Reform, nicht Revolution!" gewirkt zu haben. Wenn mir's nicht ganz möglich ward, wenn mein öffentlicher Charakter verschleiert, so wirkten dazu ungünstige Umstände, d. i. unsere starren Gemeinschaftszustände, starre Bundes- und Protokollen-Nacht. Nun, die große Zukunft wird Alles bessern! Mein Trost über Bitteres ist die beste Hoffnung, die ich schon am 21sten März öffentlich aussprach: „Ein freies, großes, starkes Deutschland, so weit seine Sprache." Für das — der letzte Blutstropfen. Mein herzliches Lebewohl denen meiner theuern Landsleute, die mir einen Rest von Liebe schenken. Urkundlich meiner eigenhändigen Vollziehung und Beidrückung meines fürstlichen Wappens. Den 1. Oktober 1848. Heinrich LXXII. Fürst Reuß."

Dessau, den 5. Oktober. Dem Commissionsantrag gemäß, hat am heutigen Tage der Landtag einstimmig beschlossen, daß das Staats-Ministerium ermächtigt werde, den bei den Höfen in Wien und Berlin für Anhalt-Dessau beglaubigten Ministerresidenten das Mandat ohne Pension zu entziehen. Die Ministerresidenten werden als Vertreter der Fürsten betrachtet, welche mit den übrigen Staatsdienern nicht auf gleicher Linie stehen. In der nächsten Sitzung kommt die Aufhebung der Todesstrafe auf die Tagesordnung.

Pyrmont, den 2. Oktober. Nach einer Mittheilung der Weserzeitung wäre die Nachricht von der Flucht der Fürstin v. Waldeck eine leere Erfindung. Es heißt daselbst: Durch die Bewilligung der gerechten Forderungen ihrer hiesigen Unterthanen, hat unsere Fürstin sich die Herzen derselben gewonnen und hängt es nun von den höheren Behörden und den jetzt versammelten Landständen ab, die errungenen Freiheiten und Zusagen durch freisinnige Gesetze festzustellen und zu erhalten.

Giessen, den 2. Okt. Wir hatten eine unruhige Nacht; das Gerücht verkündete nämlich den Einmarsch von 150 Mann Chevauxlegers, und gewisse

Leute knüpften sogleich die Ausstreuung daran, die politisch Inhaftirten sollten von hier nach Mainz gebracht werden. Hierauf Generalmarsch der Bürgerwehr, Besetzung aller Zugänge zum Arresthause, Patrouillen und sogar eine Barrikade. Man benahm sich mit dem Regierungsdirigenten, welcher sich dahin aussprach: Es sei ihm gestern die Anzeige mitgetheilt worden, wonach am Abend eine Erstürmung des Arresthauses stattfinden sollte. Da diese Anzeige nicht hinreichend verbürgt war, habe er Anstand genommen, die Bürgergarde zu allarmiren, aber ihrem Obersten die Besorgniß im Allgemeinen mitgetheilt, um ihn um Wachsamkeit zu bitten. Zu Unterstützung der Bürgergarde wurde eine Schwadron Reiterei nach Kleinlinden beordert, welche das Weichbild von Giessen nicht einmal berührte. Nach dieser Auseinandersetzung gab der Regierungsdirektor schriftlichen Befehl, daß sich das Militair von Kleinlinden entferne, welches sofort nach Butzbach abmarschirte. (Ostr. Ztg.)

Stuttgard, den 4. Oktober. David Strauß hat heute in der Abgeordneten-Kammer seine Jungfernrede gehalten und sich alsbald in die Reihe der ersten und glänzendsten Deutschen Parlaments-Redner gestellt. Strauß sprach sich entschieden für die monarchisch-konstitutionelle Staatsform aus, und so groß war der Zauber seiner Rede, daß ich die entschiedensten und leidenschaftlichsten Republikaner von Bewunderung hingerissen sah. Ueberhaupt waren die Verhandlungen heute sehr interessant. Die Interpellation an das Ministerium wegen der Truppensendungen auf das Land fielen so durchaus für das Ministerium aus, es wurde den redlichen, liberalen Gesinnungen desselben, so wie seiner neuerlichen Energie von allen Seiten so ungetheilte Anerkennung, daß der Abg. Meck zuletzt, mit großem Beifalle, die ganze Scene mit feinem Humor gegen die interpellirende äußerste Linke, welche zuletzt mit huldigte, persiflirte. — Die Ereignisse der letzten Tage haben augenscheinlich auch die Republikaner und Halb-Republikaner in der Kammer, welche letztere die Frage vom Fortbestande der Monarchie der künftigen konstituirenden Versammlung Würtembergs anheimstellen wollen, stark deprimirt, und überdies wirkt die Anwesenheit Römer's, seine derbe, geistvolle Geradheit und Rücksichtslosigkeit nach allen Seiten, so wie seine noch ungeschmälerte Popularität, jeweils äußerst günstig auf die Stimmung von Stadt und Land. Die Tagesordnung wurde mit Stimmeneinhelligkeit angenommen und damit die ungetheilte Zustimmung der Kammer zu den energischen Maßregeln der Regierung gegen die Wühler ausgesprochen. — Zuletzt aber kam der Chef des Departements mit seinem Etat für das laufende Jahr, der höhere Grundsteuer, doppelte Besoldungssteuer, $2\frac{1}{2}$ fache Capitalsteuer, gegen bisher, verlangte und ein Zwangsanleihen im Betrage aller Steuern (über 25 Fl.) überdies. Das ist bitter — wir werden es aber doch schlucken müssen. (K. Z.)

Wien, den 4. Okt. Einem zuverlässigen Schreiben, welches ein hiesiges Handelshaus aus Raab erhielt, entnehmen wir folgende Nachricht vom nächsten Kriegsschauplatze: Ein Theil des Kroatischen Heeres, und zwar vom linken Flügel, im Ganzen 6—8000 Mann stark, rückte gestern Nachmittag, wahrscheinlich in Folge der schon bekannten Niederlage des linken Flügels vom Heere des Jellachich, über Kis-Bér, einer Besitzung der Grafen Casimir und Gustav Bathyany, gegen Raab, und zog um 12 Uhr in die Stadt ein. Der Befehlshaber derselben, welchen man für Jellachich selbst hielt, (was aber nicht wahrscheinlich ist) legte der Stadt eine Kriegscontributionssteuer von 60,000 Laib Brot, 700 Eimer Wein, 300 Ctr. Rindfleisch, 1200 Metzen Hafer und 30,000 Gulden C. M. auf, welche von den Behörden, da gar keine Ungarischen Truppen in der Stadt lagen, mit etwas saurer Miene augenblicklich bewilligt wurden. Dagegen erhob sich zu gleicher Zeit in Wieselburg und der Umgegend in zahlreichen Massen der Landsturm und rückte gegen die Stadt, so daß man noch heute einen Angriff gegen die eingerückten Croaten erwartet. Die Jellachich'schen Truppen waren nach diesem Berichte des Augenzeugen keineswegs in einem militairisch-geordneten Zustande.

— Das neue Manifest des Kaisers an die Ungarn soll energisch abgefaßt sein. Der Banus Jellachich wird zum Civil- und Militairgouverneur in Ungarn ernannt; der bestehende Reichstag aufgelöst; alle Beschlüsse, welche ohne Königliche Sanktion erlassen wurden, für null und nichtig erklärt und die Comitats-Congregationen verboten. Sicherem Vernehmen nach, ist das Manifest (nicht contrasignirt) bereits nach Pesth befördert worden.

Dem Extrablatt der Schlesischen Ztg. entnehmen wir folgenden Bericht:

Wien, den 7. Okt. Reichstags-Sitzung am 6. Oktober um 5 Uhr während des Kampfes in der Stadt. Präsident Strohbach will die Sitzung nicht eröffnen, da erklärt Löhner, daß er ihn in Anklagezustand versetzen werde. Hornbostl ergreift das Wort über den heutigen Tag mit sehr bewegter Stimme. Die Nachricht wird gebracht, daß der Kriegsminister Latour an einem Laternenpfahle aufgehängt worden sei. Das Centrum und die Rechte erklären das Gerücht, als wollten sie den Reichstag verlassen, für unwahr; sie würden bis auf den letzten Mann für das Volk stehen. Es wird angetragen, alle halbe Stunden Proklamationen an das Volk auszugeben. Eine Adresse an den Kaiser wird abgeschickt. Darin wird gefordert: 1) Bildung eines volksthümlichen Ministeriums, wo jedoch Doblhoff und Hornbostl bleiben sollen; 2) Amnestie für die heutigen Vorgänge und Absetzung des Ban Jellachich. Sodann wird beschlossen, aus dem Reichstage einen permanenten Sicherheitsausschuß zu bilden. Es werden dazu gewählt: Goldmark, Füster, Belensky, Maier, Löhner, Klandi, Breßl, Schuselka, Umlauft, Skoda. Auch wird der Befehl ertheilt, daß kein Militair, weder auf der Süd- noch Brucker Bahn herbeigezogen werde. Der Bericht wird erstattet, daß so eben am Zeughaus ein lebhaftes Feuer eröffnet würde, das Volk drohe es zu demoliren; daß Hauptmann Friedrich Kaiser als Parlamentair gesandt und erschossen worden sei. — Schuselka als Referent des Sicherheits-Ausschusses berichtet, daß derselbe Folgendes gethan habe: 1) An das Volk eine Proklamation erlassen; 2) Herr Scherzer zum provisor. Nationalgarde-Ober-Commandanten ernannt; 3) den General Frank unter den Schutz des Reichstages gestellt; 4) der akademischen Legion Munition ausfolgen lassen. — (9 Uhr.) Umlauft meldet: einem Offizier der Nationalgarde ist es gelungen, das Feuer beim Zeughaus einzustellen. Ebenso hat der Commandirende beschlossen, das Militair in die Kasernen marschiren zu lassen, nur möge man morgen das Brot hineinschicken. — (1 Uhr.) Die Deputation kommt vom Kaiser mit der Antwort zurück, daß die Bildung eines neuen Ministeriums mit Verbleibung Doblhoffs und Hornbostls zu geschehen habe, und daß dieses neue Ministerium die Verhältnisse ordnen werde, mit der gleichzeitigen Aufforderung zur gesetzlichen Ordnung zurückzukehren.

Reichstags-Sitzung vom 7. Oktober. Es wird befohlen, daß der neugewählte Gemeinderath sogleich in Wirksamkeit zu treten habe. Um 10 Uhr wird gemeldet, daß der Kaiser sein Schloß zu Schönbrunn verlassen habe. Es wird eine Commission ernannt, welche die Wahrheit dieser Nachricht untersuchen solle. Um 12 Uhr macht der Finanzminister Kraus folgende inhaltsschwere Mittheilung: Vor einer Stunde erhielt er von Schönbrunn durch einen Mann von der Bürgerwehr ein versiegeltes Schreiben, welches ein Concept eines Manifestes mit der Unterschrift des Kaisers und noch einen Zettel enthielt, in welchem der Finanzminister Kraus aufgefordert wird, dieses Manifest zu kontrasigniren; sollte dieser nicht zu finden sein, so hätte es der Commandirende Auersperg zu kontrasigniren und zu publiciren. Der Inhalt jenes Manifestes ist folgender: der Kaiser sagt, daß er, was nur ein Herrscher in seiner Herzensgüte geben konnte, dem Volke gewährt habe. Mit Freuden habe er sich eine Beschränkung der ihm von seinen Ahnen übergebenen unumschränkten Macht gefallen lassen, trotz der Ereignisse des 15. Mai, in deren Folge er die Residenz verlassen, habe er keinen Anstand genommen, eine konstituirende Versammlung auf der breitesten Basis und mit freiester Volksvertretung einzuberufen. Später sei er wieder zurückgekehrt, ohne welche Garanticen zu haben, als den Rechtlichkeitssinn seiner Völker; nun aber habe eine Partei Anarchie über Wien gebracht, und ihr Walten mit Raub und Mord bezeichnet, so sei von einer fluchwürdigen Rotte sein treuer Kriegsminister gemordet worden, ohne seines Alters zu schonen. In diesem entscheidenden Augenblicke sehe er sich also genöthigt, die Nähe Wiens zu verlassen, um anderswo die Mittel zu finden, die unterjochte Wiener Bevölkerung zu befreien. Wer Oesterreich und seinen Kaiser liebe, der schaare sich um das Kaiserliche Banner. Der Finanzminister Kraus erklärte hierauf, daß er es mit den konstitutionellen Grundsätzen unvereinbar halte, dieses Manifest zu kontrasigniren; er habe jedoch sich beeilt, dem hohen Reichstage davon Mittheilung zu machen, welcher in seiner Weisheit die geeigneten Schritte thun wolle. Es wird beschlossen, daß der Reichstag die constituirende und executive Gewalt übernehme und Commissaire mit diesem Erlasse in die Provinzen sende.

Wir geben der Reihenfolge nach den Inhalt der am 6ten erschienenen Kundmachungen und Proklamationen: 1) Aufforderung an die National-Garde, das Ministerium bei der Wiederherstellung der Ruhe zu unterstützen. 2) Anzeige, daß über Entfernung des Militairs und die Erlassung einer Amnestie berathen wird. 3) und 4) Befehl an die Direktionen der Nord- und Südbahn, kein Militair herbeizuführen. 5) Anzeige, daß alle Reichstags-Mitglieder ununterbrochen beim Reichstage verbleiben. 6) Ernennung des Abg. Scherzer zum Ober-Commandanten der Nationalgarde. 7) Permanenz-Erklärung des Reichstages; Versprechen beim Kaiser ein neues Ministerium zu erwirken.

Wir stellen theils nach Journal-, theils nach Privatnachrichten vorläufig kurze Notizen über die Ereignisse des 6. und 7. Okt. zusammen.

Den 6. Okt. 12 Uhr Mittags. Die Stadt ist in Allarm. In der innern Stadt und in den Vorstädten wird Generalmarsch geschlagen; in den Straßen, die an die Leopoldstadt grenzen, herrscht größere Bewegung. Es sollte nämlich heute Morgens eine Abtheilung deutsches Militär zum Kampfe gegen die Ungarn aufbrechen, und da sie hierbei thatsächlichen Widerstand leisteten, indem sie nicht gegen ihre ungarischen Waffenbrüder kämpfen wollten, so wurden sie von einer anderen Truppenabtheilung zum Bahnhofe escortirt. Bauern mit Sensen und Piken, Nationalgarden aus den Vorstädten, Studenten und Volk kamen dem deutschen Militär zu Hülfe. In diesem Augenblicke soll die große Donaubrücke theilweise abgetragen, die Eisenbahnschienen eine Strecke weit ausgehoben und der Eisenbahnhof von der Menge, welche die Abfahrt der Soldaten nicht zugeben wollte, dicht besetzt sein. Von der andern Seite sollen gegen das widerspenstige Militär Kanonen aufgeführt worden sein, und man sieht mit banger Erwartung dem Ausgange entgegen.

Den 6. Okt. Abends. Das Feuern zwischen den Taborbrücken hat seit Mittag fortgedauert. Das Grenadier Bataillon Richter hat sich gemeinschaftlich mit Nationalgarden und Legion mit dem Regimente Nassau geschlagen und ist im Besitz von 3 Kanonen; General Braida soll erschossen sein. Unter den Getödteten befinden sich gegen 50 Gemeine des Reg. Nassau, und gegen 40 auf der andern Seite. In den Straßen hat aber die Nationalgarde das Militär aus der Stadt gedrängt, das Hofkriegsgebäude ist bereits in den Händen des Volkes. Eine Deputation des Reichstages, die Linke an der Spitze, begiebt sich in dasselbe, um Latour aus den Händen des erbitterten Volkes zu befreien. Borrosch beschwört dasselbe, den Sieg der Freiheit nicht mit einer Mordthat zu beflecken. Doch stürmt eine spätere Menge die Stiege hinauf, und Latour wird mit Stichen und Schlägen getödtet und hierauf auf dem Hofe aufgehenkt.

Den 7. Okt. 10 Uhr Vormittags. Das Volk durchzieht die Straßen in minder drohender Gestalt als gestern. Eine große Anzahl der Reichstagsabgeordneten hatte sich auf den Kampfplatz in der Reengasse mit einer Friedensfahne begeben, um das Volk zu beschwichtigen, welches Justiz an den Führern der Nationalgarde zu üben droht. Das Militär soll Gerüchten zufolge theils am

Belvedere- und Schwarzenberg-Palais, theils auf dem Schwelz liegen. Unter den Getödteten zählte man fälschlich den Dichter Kaiser. Heute Morgen um 8 Uhr wurde das Zeughaus der Nationalgarde und der akademischen Legion förmlich übergeben. Das darin befindliche Militär (eine Compagnie Nassau-Grenadiere) zog durch das untere Thor gegen den Stadtgraben zu ab. Auf die hineindringenden Nationalgarden wurde aus den Bodenfenstern des Zeughauses scharf gefeuert, und dieses Feuer um halb 9 Uhr eingestellt. Bevor noch die Wachen der Nationalgarde die Zugänge besetzen und das Andrängen der Menschenmenge wahren konnte, wurden bereits die in den Vorräumen befindlichen Waffen nach Belieben ausgetheilt und fortgetragen. Das im hintern Flügel ausgebrochene Feuer griff immer mehr um sich, und ist gegenwärtig, halb 12 Uhr, bereits so weit gedrungen, daß sich die Posten von ihren Plätzen entfernen müssen, da die Flammen den in den untern Räumen befindlichen Pulverkammern immer näher dringen. Die Belagerung hat von vorgestern Abends 5 Uhr bis heute Morgen 8 Uhr fast ununterbrochen gedauert. Das Geschütz stand zuerst in der Wipplinger Straße, dann auf der Bastei, hatte aber keine Wirkung an den sehr festen Mauern.

12 Uhr Mittags. Der Kaiser hat sich unter dem Schutze des Militairs auf der Straße nach Linz entfernt. Der Reichstag erhielt ein von keinem Minister unterfertigtes Manifest, in welchem der Wille des Monarchen erklärt ist, auf Mittel nachzudenken, welche Wien aus den Händen fremder Gewalten zu befreien im Stande sind. Der Reichstag hält seine Berathungen im vollen Bewußtsein der Größe des Momentes, mit Würde, entfernt von allen Parteirichtungen. Die Anwesenheit von Kraus und Hornbostl auf der Ministerbank wirkt beruhigend auf die Gemüther. Das Studenten-Comitee, in den Tagen unserer Revolution, wie es die damalige Sachlage mit sich brachte, der Central- und Ausgangspunkt der polit. Bewegung und Lenkung, handelte diesmal bei einer geregelten Organisation des polit. Zustandes nicht für sich allein und maßgebend, sondern in Uebereinstimmung und Zusammenhang mit dem Central-Comitee. Von diesem wurde in den Abendstunden des gestrigen Tages ein Petitionsentwurf, den man dem Reichstage vorlegen wollte, in das Studenten-Comitee zur Mitberathung und Bestätigung gebracht. Schon der Ausdruck „Petition" wurde anstößig gefunden. Es befanden sich im Comitee leider viele eingedrungene fremde Elemente von rohester Parteifarbe. Die Punkte der Petition oder Forderung, wie sie die letztgenannte Partei genannt wissen wollte, waren im Wesentlichen ungefähr folgende: Zurücknahme des Manifestes, Abdankung des sämmtlichen Ministeriums und Bildung eines neuen durch den Abg. Löhner, Unterordnung des Militairs unter die Civil-Behörden, augenblickliche Zurückziehung des Militairs aus der Stadt und namentlich vom Josephstädter Glacis, Verbannung des Erzherzogs Ludwig und der Erzherzogin Sophie aus den Oesterr. Landen, Beendigung des Oberkommando's Radetzky's in Mailand und Unterstellung desselben unter eine Civilregierung u. s. w. Bei der Debatte war der Sturm und die Verwirrung ungeheuer, es gelang dem Präsidenten kaum mit der maßlosesten Anstrengung eine nothdürftige parlamentarische Form zu erringen. Inzwischen wurde die Verhandlung durch immer neue und wichtige Berichterstattungen gestört. Die bedeutendste darunter war das Referat eines Arbeiters über den Tod Latours. Mit einer langen Brechstange in der Hand in weißer Jacke und Schürze erzählte dieser Mann im Wiener Dialekte kurz Folgendes: Wir befanden uns früher am Wienerberge und zogen nach dem Bahnhofe beim Belvedere herein. Dem allgemeinen Allarmschlage folgend rückten wir in die Stadt ein und bauten an der Linie Barrikaden. Als wir damit fertig waren, verbreitete sich das Geschrei nach Latour; wir begaben uns in die Stadt, ihn zu suchen. Wir durchsuchten zuerst das erste Stockwerk, und als wir ihn da nicht fanden, das Erdgeschoß. Hier ergriffen wir ihn, und ich durchstieß ihm mit meiner Brechstange die Kehle. War das nicht recht? Die Andern hieben mit ihren Werkzeugen nach seinem Kopfe, ich aber meinte, er sollte lieber hängen. Wir knüpften ihn daher im Hofe an einer Schnur auf, aber sie riß. Da gingen wir mit ihm ins Freie hinaus und hingen ihn an die Laterne. War das nicht recht? Allgemeines tiefes Entsetzen herrschte im Sitzungssaale, nur einzelne Stimmen riefen Bravo. Hierdurch empört verfügte der Präsident die Reinigung des Saales, indem er befahl, daß jedes Sitzungs-Mitglied seine Vollmacht vorzeigen solle, und wer das nicht könnte, als dem Comitee nicht angehörig, dasselbe zu verlassen habe. So reinigte er die Sitzung von jenem rohen entsetzlichen Proletariate, welches trotz der starken und energischen Wachen sich ins Comitee eingedrungen hatte. Nun wurde die Debatte über die oben angeführte Petition eröffnet. Neue Berichte kreuzten sich indeß wieder, worunter die Hinterbringung eines großen Packetes aus Latours Briefen besonders nennenswerth. So zog sich die Verhandlung bis tief in die Nacht. Berichterstatter dieses, an andere Punkte gerufen, wartete ihr Ende nicht mehr ab. Ein Plakat, welches das Studenten-Comitee schon früher zur öffentlichen Beruhigung hatte ergehen lassen, war zwar im Satze fertig, wurde aber nicht gedruckt, da die Drucker inzwischen die Arbeit verlassen und sich bewaffnet hatten. Es gelangte daher nicht zur Oeffentlichkeit. Die Postcouriere von Pesth und Ofen sind heute wieder ausgeblieben. Preßburg ist vorgestern von den K. Truppen ohne Widerstand besetzt worden.

Wien, 7. Oktober. Gestern ging keine Post von hier ab wegen des allgemeinen Aufruhrs, der hier herrscht. Schon um 6 Uhr Morgens hatten sich Nationalgarden vom Hundsthurm mit einzelnen Legionärs in dem Nordbahnhofe eingefunden, Schienen abgebrochen, um die Abfahrt der mit dem Volke sympathisirenden deutschen Grenadiere (Hrabowski, Richter und Heß) zu verhindern. Diese waren nämlich zur Hülfe der Kroaten nach Preßburg beordert, und auf ihre Unzufriedenheit mit dieser Sendung wurde ebensowenig Rücksicht genommen, wie auf das Murren eines italienischen Regimentes, welches Tags zuvor dem ähnlichen Ziele zugeführt worden war. Als die befehlenden Offiziere sahen, daß die Abfahrt auf der Eisenbahn unmöglich gemacht sei, wollten sie die Truppen zu Fuß nach Gänserndorf führen, um sie von da an den Ort ihrer Bestimmung zu befördern, allein auch diesem Vorhaben widersetzte sich die anwachsende Nationalgarde; sie hemmte den Zug an der Taborbrücke durch eine Barrikade. Da man die Stimmung der Grenadiere von Seiten des Kriegsministeriums kannte, wurden mehrere Eskadrons Kavallerie mit der Eskortirung beauftragt. Allein die Grenadiere gingen zur Nationalgarde über; diese riß ein Joch der Brücke weg und der Kavallerie blieb das Hinübersehen. Nun kam Nassau-Infanterie, gegen 10 Uhr auch Kanonen, um das Geeignete vorzunehmen. Die akademische Legion rückte ebenfalls herbei, um nöthigenfalls der Nationalgarde zu helfen, und nahm die gewagte, aber vortheilhafte Stellung auf dem Eisenbahndamme ein. So standen sich die Parteien gegenüber, bis die Arbeiter in geringerer Zahl einen Pulverwagen und 4 Kanonen mit dem stillschweigenden Zugeständniß der Artillerie in Beschlag nahmen. Nun formirte die Nassau-Infanterie einen Keil und gab auf Kommando nach dem Damm und nach der Brücke hin Feuer, worauf von beiden Seiten rasch nacheinanderfolgende Dechargen folgten. Garde, Legion und befreundete Grenadiere behielten entschieden die Oberhand und drängten und jagten ihre Gegner in die Flucht. Der General Bredy, der gegen das Volk kommandirte, wurde von einem Legionär vom Pferde herabgeschossen, als er eben seine Truppe zur Erstürmung des Walles führen wollte. Von Nassau blieben 20, von Nationalgarde und Akademikern 5 auf dem Platze. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht ermittelt. Die Sieger zogen demnächst in die Stadt; die 2 Kanonen (2 wurden vernichtet) wurden auf dem Universitätsplatze aufgestellt, die Thore der Stadt von der Legion und den Garden besetzt, die Sturmglocken geläutet und alle nöthigen Vorkehrungen von dem Studenten-, von dem eigens gebildeten Kriegs- und von dem Centralkomitee der volksthümlichen Vereine getroffen.

1 Uhr. Eine Abtheilung der Wiener Nationalgarde rückt in die Stadt auf den Stephansplatz und wird daselbst von den Garden des Kärnthner Viertels durch Schüsse meuchlings angegriffen. Die Elenden empfingen ihren gebührenden Lohn: sie haben sogar das Heiligthum einer Kirche entweiht, sie schossen wie Buschklepper aus Verstecken in der Stephanskirche.

3 Uhr. Drei Kompagnieen Pioniere mit 4 Kanonen rücken durch das von Soldaten besetzt gebliebene Burgthor in die Stadt; sie werden angegriffen und trotz des heftigen Kartätschenfeuers, das sie unterhalten, überwunden und viele von ihnen wurden gefangen genommen, entwaffnet und auf die Universität gebracht. Während dieses Gefechtes werden in den verschiedenen Straßen Barrikaden gebaut, so zweckmäßig, als hätten die Erbauer in Paris studirt. Die Basteien sind fortwährend mit bürgerlicher und Nationalgarden-Artillerie besetzt.

5—6 Uhr. Das Volk bemächtigt sich des Kriegsgebäudes und der daselbst befindlichen Kanonen, dringt in das Haus, sucht den in demselben versteckten Kriegsminister Latour, findet und ermordet ihn trotz des Schutzes einiger Deputirten, Legionärs und Nationalgarden. Die in der Wohnung des Kriegsministers vorgefundenen Papiere wurden von der Menge in Beschlag genommen und auf die Universität gebracht.

$6\frac{1}{2}$ Uhr Abends. Von den versprengten Pioniers und noch andern Soldaten wurde das kaiserliche Zeughaus, in welches sich reaktionäre Garden geflüchtet hatten, besetzt; das Volk verlangt die Waffen aus demselben, die Besatzung weigert es; ein hartnäckiger Kampf beginnt; die Besatzung beherrscht die Renngasse durch ein anhaltendes Kartätschenfeuer; viele Opfer fallen und es wächst der Grimm und die Erbitterung des Volkes, welches das Feuer nutz- und fruchtlos erwidert. Kanonen wurden von dem Volke herbeigeführt und mit diesen das Thor des Zeughauses erbrochen; auch von einer andern Seite noch, nämlich von der Schotterbastei wird das Zeughaus beschossen, aber vergebens; der Kampf dauert anhaltend bis heute 7 Uhr Morgens. Keine Vermittelung wird angenommen; von Parlamentärs, die das Studentencomitee schickte, wird Einer erschossen. Heute halb 8 Uhr Morgens hat sich die Besatzung unter der Bedingung ergeben, daß das Zeughaus von akademitschen und Nationalgarden besetzt würde, was auch geschah. Das waffenlose Volk wurde sofort bewaffnet; viele Todte, deren Zahl bis jetzt noch nicht genau angegeben werden kann, fielen als Opfer des Kampfes. Die im Zeughaus befindlich gewesene Nationalgarde, gegen welche die Wuth des Volkes am heftigsten war, ist durch einen unbewachten unterirdischen Gang dem sicheren Verderben entkommen.

Postschluß. Ganz Wien ist bewaffnet und eine übriggebliebene Aufregung abgerechnet, ruhig. Gestern und heute die Börse geschlossen.

— Seit zwei Tagen sind unsere Gasthäuser mit vornehmen Ungarischen Flüchtlingen angefüllt. Der Bischof von Vesprim, Graf Zichy, ein Bruder der Fürstin Metternich, entzog sich kaum der Volkswuth. Er wurde halbtodt geschlagen, und nur durch Vorzeigung seines Kreuzes rettete er sein Leben. So traf er hier ein. — Bei der Wahl unsers Gemeinde-Ausschusses hat das demokratische Element gesiegt. Es wurden die Erzdemokraten Wesseleny und Baron Stifft jun. mit großer Mehrheit erwählt.

— Ein von der österreichischen Regierung an Jellachich abgeschickter Transport von Munition auf 85 Wagen ist sammt Bedeckung von den Magyaren bei Stein am Anger aufgefangen und in Beschlag genommen worden. — Ganz Ungarn ist in Aufruhr, der Landsturm jetzt allgemein aufgeboten; Kossuth und mehrere andere Glieder der Kammer reisen umher und entflammen die Gemüther der Magyaren; strenge Gesetze rufen die Wehrhaften zur Fahne; alle Männer zwischen 15 und 60 Jahren müssen zu den Waffen greifen; viele Familien sind nach Wien geflüchtet, um den Verwirrungen und Gräueln des Krieges zu entgehen. In Pesth ist aller Verkehr abgebrochen, man denkt nur an

Angriff und Vertheidigung. Die ungarischen Soldaten in der Armee suchen auf alle mögliche Weise in ihr Vaterland zu entkommen. In Lemberg wurde das magyarische Regiment Großfürst Michael (früher Mariagi) in der Ausführung seines patriotischen Vorhabens durch den General Hammerstein gestört, der, davon in Kenntniß gesetzt, Grenadiere und Kanonen anwendete, die Vaterlandsfreunde gewaltsam zurückzuhalten; er versprach jedoch diesem Regimente, daß es Jedem am 6. Oktober freistehen sollte, zu gehen, wohin es ihm belieben würde. — Auch in Italien soll eine gewaltige Gährung unter den magyarischen und kroatischen Soldaten Statt finden, sie verlangen nachdrücklich den Abzug in ihre Heimath.

— Aus Padua wird vom 1. gemeldet, daß in Venedig eine Volksbewegung gegen Manin stattfand, in Folge deren sich derselbe veranlaßt sah, das Volk auf dem Markusplatz zu haranguiren. Er versprach, daß Französische Hülfe zu erwarten sei! In der Nacht darauf entfernte er sich aber aus Venedig und ist seit 4 Tagen nicht mehr erschienen. Es herrschte deshalb eine furchtbare Aufregung unter allen Parteien.

— Die Festung Osopo ist vorgestern von unsern Truppen, bei denen sich Prohaska Infanterie befindet, beschossen worden; heute soll sie neuerdings bombardirt und mit Sturm genommen werden. Das Dorf Osopo war bereits zusammengeschossen.

Nachschrift. Nachmittags 4. Oktober. So eben trifft Nachricht aus Raab von gestern, Abends 6 Uhr, hier ein. Ein detachirtes Corps der Armee des Banus Jelachich, etwa 800 Mann stark, war ohne Schwertstreich in diese Stadt und Festung eingerückt. Die Nationalgarden hatten sich zerstreut, und nirgends war Widerstand zu sehen. Dieses Corps soll entweder die Communikation mit Wien erhalten, oder die Slavische Bewegung in den nördlichen Comitaten unterstützen.

Prag, den 4. Okt. Allmählich verschwinden die letzten Spuren des Belagerungszustandes; gestern sind die Pechkränze und die noch immer drohend auf die Stadt herabblickenden Kanonen von der Marienschanze entfernt worden. Heute gehen 2 Infanterie-Bataillons von hier in der Richtung gegen Wien ab, höchstwahrscheinlich aber nach Ungarn, da man jene Schandthat, die am Grafen Lamberg verübt wurde, als eine Kriegserklärung gegen Oesterreich ansehen muß. Auch bei uns erregt sie die größte Entrüstung, und daß sie unheilschwanger für Ungarn sein und mit nicht zu tilgender Schmach auf der Ehre dieser Nation lasten wird, läßt sich nicht in Abrede stellen. — Es verbreitet sich hier die Nachricht, Jellachich habe einen Kourier nach Wien abgeschickt mit der Erklärung, daß er sich dem Reichstage unterwerfe und allen seinen Beschlüssen Gehorsam leisten wolle. Somit hätten wir von ihm für unsere Freiheit nichts zu fürchten, und die Grundrechte, welche der Reichstag entworfen, und die gewiß die Sanction des Kaisers erhalten werden, geben dem Glauben an eine Reaktion gar keinen Raum.

Lemberg, 3. Okt. Ein von Wien hierher gesandtes Placat wurde heute hier am Markte angeschlagen und zog viele Neugierige heran. Mit dem Motto „memento mori" versehen, kündigte dasselbe den nahen Tod und das Begräbniß der Schwarzgelben an. Mittags drängte sich durch die Volksmenge zu diesem Plakate ein Grenadier und riß dasselbe von der Wand ab. Sogleich schrie man, warum er dies abreiße; auch sagte man ihm, daß ihn das Placat nichts angehe. Der Grenadier aber, anstatt zu antworten, zog seinen Säbel und fing an, nach den Köpfen zu hauen. Sogleich sprangen seitwärts lauernde Grenadiere mit einem Offiziere herbei und hieben auf den Befehl des Offiziers: „Haut das Lumpenvolk zusammen!" mit dem Säbel um sich. Ein Bürger wurde dadurch am Kopfe verwundet und einigen die Hände zerhauen. Die Volksmasse häufte sich immermehr zusammen und nur der Besonnenheit unserer Einwohner ist es zuzuschreiben, daß es zu keinem großen Blutvergießen kam.

Ausland.

Paris den 6. Oktober. National-Versammlung. Sitzung vom 5. Oktober. Anfang $12\frac{1}{2}$ Uhr. Präsident Marrast liest einen Brief vor, worin Bissete, Vertreter Martinique's seine Entlassung giebt, weil seine Wahl von Gewaltsamkeiten und Unterschleifen begleitet sei. Marrast erklärt, daß die Demission erst dann angenommen oder verworfen werden könne, wenn der Ausschuß sein Gutachten über die Wahl abgegeben haben werde. Lamoricière, Kriegs-Minister, verlangt einen Kredit von 18,206,000 Franken für Proviant u. s. w. Wird bewilligt. Recourt, Minister der öffentlichen Arbeiten, verlangt einen Kredit von 500,000 Franken für die Bahn nach Havre. Bewilligt. Jetzt geht die Versammlung zur Tagesordnung, der Verfassungs-Debatte, über. Artikel 40, noch von den Dringlichkeits-Erklärungen handelnd und über die Art und Weise, wie darüber abgestimmt werden soll, ruft eine ziemlich weitschweifige Diskussion hervor, die jedoch wenig Interesse bietet. Nun geht die Versammlung zur Berathung des Artikels 43 über, der also lautet: „Das französische Volk überträgt die Exekutivgewalt einem Bürger, der den Titel erhält: „Präsident der Republik" (Cavaignac und Louis Bonaparte sind nicht anwesend.) Levet, unter allgemeiner Aufmerksamkeit: „Mitbürger! Zwei Meinungen streiten um die Herrschaft; die eine will den Präsidenten aus dem allgemeinen Stimmrecht, d. h. aus dem Volke hervorgehen lassen, die andere will ihn aus der National-Versammlung ziehen." Marrast, unterbrechend: „Es handelt sich hier nicht um den Wahlmodus, sondern um die Wahl einer Exekutivgewalt im Allgemeinen. Bürger Felix Pyat hat das Wort" Felix Pyat: „Bürger" beginnt er, „ich will gar keinen Präsidenten. (Oh! Oh!) Soll der Staat gut organisirt sein, so muß er sich nach denselben Gesetzen bewegen, wie der menschliche Körper, wie das Individuum. (Oh! Oh!) Den Kopf bildet die gesetzgebende Kammer, der Arm ist die wahre Exekutive und die Beine das eigentliche Ministerium (Allgemeine Heiterkeit.) Ein Präsident ist ein gefährlicher zweiter Kopf. Er könnte eines Tages zu Euch, dem anderen Kopf, sagen: Ihr seid nur neun Hundertstel Theile des Volkes; ich (der Präsident aus allgemeinem Stimmrecht) bin aber das ganze Volk. Mit demselben Instinkt, mit dem Ihr das Zweikammersystem verworfen, müßt Ihr die Exekutivgewalt nicht aus Euren Händen lassen. Sie gehört Euch und muß in Eurer Mitte bleiben. Ich stimme also gegen das ganze fünfte Kapitel des Verfassungs-Entwurfes." von Tocqueville: Man könne ein Gegner des Zweikammer-Systems sein und doch für Einen Präsidenten stimmen. Die Exekutivgewalt eines Staates müsse einig und stark sein. Der Vergleich des Präsidenten mit einem Doppel-Kopf sei unsinnig. Der Präsident habe kein Veto. Er könne sich nur in dem Kreise bewegen, der ihm vorgeschrieben. Ein Präsident nach Pyat's Vorschlag, nämlich eine Exekutiv-Kommission mit einem Conseil-Präsidenten, wäre nur ein Werkzeug, nur ein zweiter Konvent. Man wolle aber keine Schinderherrschaft, kein 1793 mehr. Die Nationalversammlung habe kein Recht, den Präsidenten der Republik zu wählen. (Nein, Nein! Ja, Ja!) Es wäre dies eine Usurpation. Auf Tocqueville, der im Namen der Verfassungs-Ausschuß-Mehrheit und der Rue de Poitiers dem Volk das Recht vindizirte, den Präsidenten zu wählen, folgte ein Mitglied der Versammlung des Palais National, Namens Parrieu, aus Lyon. Parrieu gesteht zu, daß die Wahl des Präsidenten der Republik durch die National-Versammlung als ein Umstands-Votum erscheinen könne, doch sei dies eben nur Schein. Die National-Versammtung sei der wahre Ausdruck der lebendigen und geistigen Kräfte des Landes, sie ernenne die obersten Gerichtsbehörden u. s. w. Es stehe ihr also das Recht zu, den Präsidenten zu wählen. Die Lage sei schwierig. Indessen brauche die Versammlung nur zu wollen. Fresneau, ehemaliger Unterpräfekt unter Ludwig Philipp's Regierung, besteigt die Rednerbühne. Aber man ruft von allen Bänken: Schluß! Schluß! Auf morgen! Der Berg dagegen: Sprechen! Sprechen! Endlich legt sich der Lärm und Herr Fresneau beginnt mit etwas heiserer Stimme: Der Augenblick sei kritisch. Gefahr drohe. Wenn sie dadurch abgewandt werden könnte, daß man kurzweg einen Präsidenten wähle, so wollte er herzlich gern sagen: wählet ihn. Aber es handle sich nicht um einen bloßen Präsidenten, sondern um die Macht eines Präsidenten (oh! oh! und heftige Unterbrechung). Ja wohl! Aber lesen Sie denn nicht die Departements-Presse . . . (Tumult.) Die Stimme des Redners wird erstickt. Er steigt von der Tribüne herab, die Debatte wird auf morgen verschoben und die Sitzung um 6 Uhr geschlossen.

— Es wird jetzt für gewiß berichtet, daß das Tuilerieen-Schloß dem Präsidenten der Republik zur Wohnung dienen und dann den amtlichen Namen „Präsidentschafts-Palast" erhalten wird.

Straßburg, den 2. Oktober. Die Zahl der seit dem Ausgange der Struveschen Bewegung bei uns angekommenen Flüchtlinge ist sehr groß. Der größere Theil derselben muß sich indessen nach dem Innern begeben, da die Regierung in dieser Hinsicht strenge Weisungen erlassen hat. (K.Z.)

Cholera.

Posen, den 10. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 78 Personen, gestorben 27.

Marktberichte. Berlin, den 9. Oktober.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 60—64 Rthlr.; Roggen loco 29—31 Rthlr., 82-pfd. p. Okt/Novbr. 29 Rthl Br., 28 G., p. Frühjahr $32\frac{1}{2}$ Rthlr bez. u. Br., 22 G.; Gerste, große, loco 28—30 Rtlr.; Hafer loco nach Qual 16—17 Rthlr.; Rüböl p. Okt/Novbr $11\frac{1}{2}$ à $11\frac{5}{12}$ Rthlr. ohne Abgeber, Nov./Dec. $11\frac{7}{12}$ Rthlr. bez., Dec./Jan. $11\frac{7}{12}$ Rtlr. Br., $11\frac{1}{2}$ bez., Jan./Febr. $11\frac{7}{12}$ Rthlr bez., Febr./März dto., März/April dto.; Leinöl loco $10\frac{1}{6}$ Rthlr., Lieferung $9\frac{3}{4}$. — Spiritus loco ohne Faß, 15 à $14\frac{3}{4}$ Rthlr. mit Faß verk., Okt. u. Okt./Novbr. 15 à $14\frac{5}{6}$ mit Faß verk. und Br., p. Frühj. 17 Rthlr. nominell.

Zur deutschen Marine sind beim Schutzvereine Posen-Schrodaer Kreises ferner eingezahlt: 46) aus Treskowo: Urban 1 Rthlr., Wilhelmine Urban 10 sgr., Siewert 10 sgr., Egide $7\frac{1}{2}$ sgr., Hiller 5 sgr., Dohmke $2\frac{1}{2}$ sgr., Pfeiffer in Forsthaus Plawno 15 sgr., Wunnicke in Kaminsker Haul. 15 sgr., 15 Wirthe und 11 Einlieger in Kaminsker Haul, Plawno und Schwarz-Haul. zu $7\frac{1}{2}$, 5 und $2\frac{1}{2}$ sgr. Summa 6 Rthlr. 12 sgr. 6 pf. Ueberhaupt bis jetzt 236 Rthlr. 28 sgr. und 1 SR. (Forts. folgt.)

Auf dem Wege von der kleinen und großen Gerberstraßenecke durch die breite Straße über den Markt bis zur Malzmühle am Sapiehaplatz, ist den Rollwagen-Fuhrleuten ein Stampfschneidemesser verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird dringend gebeten, das besagte Stampfschneidemesser in der genannten Mühle am Sapiehaplatz gegen eine angemessene Belohnung recht bald abzugeben.